Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thaler 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße № 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal erscheint.

Breslauer Zeitung.

No. 197. Morgen-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Freitag den 27. April 1860.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 26. April, Nachmittags 2 Uhr. (Angekommen 3 Uhr 10 Min.) Staatsschuldscheine 84. Prämien-Anleihe 113¼. Neueste Anleihe 104. Schles. Bank-Verein 73. Oberschlesische Litt. A. 121. Oberschles. Litt. B. 111½. Freiburger 83. Wilhelmsbahn 34. Neisse-Brieger 56. Tarnowitzer 33. Wien 2 Monate 74. Oesterreich. Kredit-Aktien 69¾. Oesterr. National-Anleihe 58¾. Oesterr. Lotterie-Anleihe 69. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 138¾. Oesterr. Banknoten 74⅞. Darmstädter 60½. Commandit-Antheile 78½. Köln-Minden 126. Rhein. Aktien 80¾. Dessauer Bank-Aktien 17⅝. Mecklenburger 48. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn —. — Eisenbahnen erregt.

Wien, 26. April, Mittags 12 Uhr 45 Min. Credit-Aktien 185, 20. National-Anleihe 79, 20. London 132, 50.

(Bresl. Hdls.-Bl.) **Berlin**, 26. April. Roggen: fest. Frühjahr 49⅜, Mai-Juni 49, Juni-Juli 49¼, Juli-August 49¼. — Spiritus: höher. April-Mai 17⅔, Mai-Juni 17¾, Juni-Juli 18⅙, Juli-August 18½. — Rüböl: angenehmer. April-Mai 10⅝, September-Oktober 11¾.

Inhalts-Uebersicht.

K. C. Aus den Commissions-Berichten des Herrenhauses über die Grundsteuer-Vorlagen.

Die Stellung der Regierung in dieser Frage ist so bekannt, daß die desfallsigen Mittheilungen sich auf das Unumgängliche beschränken können. Den Commissions-Berathungen haben der Finanzminister und die Geh. Räthe Ritter und Meinecke beigewohnt. Nach ihren Erklärungen sind die Vorlagen „zunächst eine Sache der Gerechtigkeit." Die Grundsteuer ist „eine wirkliche Steuer, die also mit gleichen Schultern getragen werden muß. Man kann zugeben, daß die Grundsteuer eine Reallast ist, aber eine öffentliche und keine unveränderliche. Sie muß sich nach den wechselnden Bedürfnissen des Staates und nach anderen einwirkenden Umständen verändern können. Aehnliche Reallasten kommen auch in andern Verhältnissen vor, z. B. die Deichlast, die für die betroffenen Grundstücke in der Regel auch auf ein jährliches Fixum bestimmt, wodurch aber keineswegs ausgeschlossen ist, daß bei vermehrten Bedürfnissen des Deichverbandes auch die Leistungen der einzelnen Grundstücke erhöht werden. Dieser Auffassung steht die Gesetzgebung fast aller Länder und auch die des preußischen Staates zur Seite. Die Grundsteuer ist auch bei uns nicht nur die älteste Steuer, sondern Jahrhunderte hindurch hat auch die Thätigkeit der ständischen Korporationen sich vorzugsweise mit der Ausgleichung der bei der Grundsteuer hervorgetretenen Ungleichheiten beschäftigt. Erst mit dem Jahre 1803 ist darin ein Stillstand eingetreten, aber in dem Edikt vom 27. Oktober 1810 die Einführung eines allgemeinen Katasters und die Aufhebung der bisherigen Befreiungen und Bevorzugungen ausdrücklich ausgesprochen." Dieser Vorbehalt ist in der folgenden Gesetzgebung immer beibehalten, wenn auch die Schwierigkeiten, welch in der Sache liegen, die Ausführung verhindert haben. Die Ueberbürdung einzelner Provinzen ist eine unbestreitbare Thatsache. Die den Rittergütern bei Aufhebung des Lehnsnexus gemachten Assekurationen haben „das allgemeine, seiner Natur nach unveräußerbare Besteuerungsrecht des Landesherrn nicht beschränken können, wie denn dieser Grundsatz auch schon von früheren Königen, namentlich von Friedrich Wilhelm I., den preußischen Ständen gegenüber aufs Entschiedeste ausgesprochen ist. Ein Rechtsanspruch auf etwanige volle Entschädigung kann daher aus jenen Assekurationen nicht hergeleitet werden." .... Die Erledigung der Grundsteuerfrage muß „auch ganz besonders vom politischen Standpunkte aus gewünscht werden. Die Regierung legt großes Gewicht darauf, daß der große Grundbesitz im Lande den Einfluß genieße, der ihm zukommt. Die bei der Grundsteuer bestehenden Bevorzugungen sind dabei ein fortwährendes Hinderniß gewesen, mit dessen Hinwegräumung das natürliche Ansehen der Grund-Aristokratie im Lande wiederum steigen wird."... „Ein anderes sehr wichtiges Moment für das Zustandekommen der Vorlagen ist das finanzielle. Wenn es für das Finanzwesen des preußischen Staates schon immer dringend wünschenswerth gewesen ist, daß die Grundsteuer-Angelegenheit endlich geordnet werde, so ist dies im jetzigen Augenblicke, wo sehr bedeutende Mehrausgaben durch die anderweite Militär-Organisation veranlaßt werden, ganz unerläßlich. Es ist keineswegs die Absicht, daß diese bedeutenden Mehrausgaben allein oder auch nur vorzugsweise von dem Grundeigenthum getragen werden sollten, auch ist ja das finanzielle Resultat, was im Ganzen von den Vorlagen erwartet wird, im Vergleich zu dem gesteigerten Militär-Bedürfniß kein sehr hohes. Allein der Eröffnung anderer Einnahmequellen stehen von allen Seiten große Hindernisse entgegen. Bei der jetzigen Zeitrichtung und den von fast allen anderen Staaten angenommenen Prinzipien muß man sich wieder mehr, wie wohl früher geschehen, den direkten Steuern zuwenden. Als Objekt einer direkten Besteuerung bleibt aber fast nur das Grundeigenthum übrig, denn das zinstragende Kapital zu besteuern, hat noch keine Finanzkunst das Mittel gefunden; die Arbeit noch höher zu besteuern, als es schon jetzt geschehe, ist unthunlich, und ebenso eine dauernde Erhöhung der Einkommen- und Klassensteuer." Es ist „auf die Erhöhung der Einkünfte aus dem Tabak hingewiesen. Ein sehr erhebliches Mehr läßt sich aber dabei nur durch Einführung des Monopols erwarten. Dieses widerspricht aber den Prinzipien, von denen die preußische Verwaltung stets ausgegangen ist, würde auch für die Bodenkultur zu einem großen Druck, namentlich für die kleineren Besitzer führen, indem das Staatsmonopol nicht ohne erhebliche Beschränkung der Freiheit des Tabaksbaues ausführbar ist."... „In jedem Falle steht aber so viel fest, daß die Ueberwindung der mannigfachen Schwierigkeiten, welche sich der Eröffnung neuer Einnahmequellen entgegenstellten, nicht gelingen, ja nicht einmal in Angriff genommen werden kann, wenn nicht zuvor die Grundsteuer-Angelegenheit geordnet sein wird. Wenn daher im Herrenhause sich eine erfreuliche Geneigtheit zeigt, die Militär-Vorlagen zu unterstützen, diese aber im andern Hause gerade auch von dem finanziellen Standpunkte aus auf viele Bedenken stoßen, und aller Wahrscheinlichkeit nach bei Beseitigung dieser Bedenken im andern Hause wesentlich auf das Zustandekommen der Grundsteuer-Vorlagen gerechnet wird, so ist um so mehr zu wünschen, daß das Herrenhaus diesen Vorlagen zustimmt. Im Uebrigen hält die Regierung allerdings an der Ansicht fest, daß die vier Gesetze ein in sich zusammenhängendes Ganze bilden, und also nicht wohl getrennt werden können. Dieselbe ist aber gern bereit, im Einzelnen auf abändernde Vorschläge einzugehen, wenn nur der beabsichtigte Zweck im Ganzen erreicht wird."

In der Commission ist die Mitschuld des Herrenhauses an der Verschleppung der Grundsteuer-Vorlage seit 1850 abgelehnt. Die jetzige Vorlage sei die erste, welche an das Haus gelange. Die früheren betreffenden Vorlagen der Regierung seien im andern Hause gescheitert. Zur Sache selbst sind folgende Einwendungen erhoben:

In früheren Jahrhunderten ist allerdings vom Landesherrn und von den Ständen die Kontribution als eine wirkliche Steuer angesehen. „Sie war aber damals fast die einzige Steuer, ja sie begriff, wie notorisch und auch von der Staats-Regierung vielfach anerkannt ist, außer dem Grundeigenthum noch andere Vermögens-Objekte in sich, die man bei Auflegung derselben faßbar für die Besteuerung gehalten hatte. Nur daraus, daß damals das Grundeigenthum als das einzige oder doch bei weitem als das hauptsächlichste Objekt erschien, das man mit einer direkten Steuer belegen konnte, oder daraus, daß ein späteres staatswirthschaftliches System, das physiokratische, das zur Zeit der französischen Revolution noch viele Anhänger fand, und dessen Prinzipien daher in die Steuer-Gesetzgebungen übergegangen sind, die uns von Frankreich aus zukamen, den Reinertrag der Grundstücke überhaupt für die einzige Quelle des National-Reichthums halten wollte, erklärt sich der enorm hohe Satz von 20 und mehr Prozent, womit man damals das Grundeigenthum glaubte belegen zu dürfen. Beides ist aber jetzt ein völlig überwundener Standpunkt." Neben dem Grundeigenthum und den massenhaft angesammelten Kapitalien ist „die menschliche Arbeit ein Haupt-Faktor zur Beschaffung der Güter, von denen die Bevölkerung lebt, und deren gleichmäßige Heranziehung zu den Staatslasten die Gerechtigkeit erfordert. Diese Gerechtigkeit würde in ihrer Consequenz bei einer direkten Besteuerung eigentlich nur eine Einkommensteuer, die alle Einnahmequellen der Besteuerten treffen soll, zulassen." Dabei gilt aber schon ein Prozentsatz von 3 pCt. für gar nicht niedrig, während der Ertrag des Grund und Bodens nach den gegenwärtigen Vorlagen mit 8 pCt. besteuert werden soll. Ist nun auch eine solche konsequente Durchführung des Gerechtigkeits-Prinzips praktisch nicht durchführbar, so „bleibt doch bestehen, daß die vorzugsweise Besteuerung des Grundeigenthums dem Prinzip, wonach die Staatslasten mit völlig gleichen Schultern getragen werden sollen, und das doch auch der eigentliche Kern des Artikels 101 der Verfassungs-Urkunde ist, nicht entspricht."... Die „Unschädlichkeit der Steuern für die Minderung der Quellen des National-Reichthums" beruht nicht auf abstrakten Gerechtigkeitstheorien, sondern darauf, daß die aufgelegte Steuer sich durch die Natur der Dinge selbst auf andere Schultern, als die der ursprünglichen Steuerzahler mit vertheilt, daß sie also ganz oder theilweise abgewälzt wird." Die Grundsteuer nun trifft „das Kapital-Vermögen des Besitzers, in dessen Hand die Steuer aufgelegt wird, und bei spätern Besitz-Veränderungen zahlt der neue Erwerber eigentlich keine Steuer mehr, indem er deren Kapital-Betrag seinem Vorbesitzer schon angerechnet hat." Die „Exemplifikation auf andere Grundlasten, wie z. B. die Deichlast, ist nicht entscheidend. Ein vorsichtiger Käufer wird bei Berechnung des Preises, den er für ein eingedeichtes Grundstück geben kann, allerdings nicht blos das gegenwärtige Fixum der Deich-Abgabe, sondern auch den Umstand berücksichtigen, daß die Grundstücke des Deich-Verbandes auch zur Tragung der Kosten außergewöhnlicher Deich-Beschädigungen verpflichtet sind, und daher auch auf die Uebernahme von diesen mitgerechnet werden muß. Das aber hat bisher kein Käufer annehmen können, daß die Grundstücke im preußischen Staat zur alleinigen oder auch nur vorzugsweisen Uebernahme aller der neuen Lasten verpflichtet wären, die der preußische Staat nöthig haben möchte. Sollte eine solche Annahme etwa künftig eintreten, so würde sie eine allgemeine Entwerthung des Grundeigenthums zur nothwendigen Folge haben."

„Mit dieser Thatsache steht die andere in unmittelbarem Zusammenhange, daß im preußischeu Staat, und namentlich in dessen östlichen Provinzen, das Grundeigenthum fast ohne Ausnahme, oft bis zur Hälfte, ja bis zu zwei Drittheilen seines Werths verschuldet ist. Nun ist aber ganz klar, daß die neu aufgelegte oder erhöhte Grundsteuer den unverschuldeten Eigenthümer nach dem wirklichen Betrage seines Vermögens trifft, beispielsweise also für ein Besitzthum von 100,000 Thalern Werth nur mit 400 Thlr. Steuer oder 8000 Thlr. Kapital, und also etwa mit $\frac{1}{12}$ des Vermögens, während sie dem, der auf einem Gut von gleichem Werth 70,000 Thlr. Schulden hat, von den 30,000 Thalern, die ihm nur verbleiben, ebenfalls 400 Thlr. Steuer auflegt, und 8000 Thlr. Kapital, also beinahe ein Viertheil seines Vermögens nimmt, was ihn bei der Schwierigkeit unserer Kredit-Verhältnisse, wie sie besonders in den östlichen Provinzen des Staats vorherrschen, sehr oft in die Unmöglichkeit bringen wird, sein Eigenthum überhaupt noch zu erhalten."

„Aus den vermeintlich überbürdeten Provinzen Schlesien und Sachsen sind aus jener die einlaufenden Beschwerden nicht gegen die Höhe der Steuer im Allgemeinen, sondern gegen die Fortdauer der Besteuerung von Objekten gerichtet, die nicht mehr existiren. Aus Sachsen ist hauptsächlich von dem ersten Provinzial-Landtage eine Beschwerde über die dortige Grundsteuer eingelaufen, als seit Einführung derselben durch die Fremdherrschaft erst wenige Jahre verflossen, Besitzveränderungen noch nicht allenthalben eingetreten waren und die damaligen Besitzer zum Theil noch den Druck der Kapital-Entziehung empfanden, der jetzt nach dem Ablauf einer langen Reihe von Jahren für die gegenwärtigen Besitzer durchweg verschwunden sein wird." .... Weiser und gerechter hätte die Regierung gehandelt, „wenn sie, statt auf eine sogenannte allgemeine Ausgleichung zu dringen, vielmehr den thatsächlich bestehenden Zustand auch gesetzlich fixirt, und die einmal bestehenden Grundsteuern für unveränderlich erklärt, daneben aber, unabhängig von der bestehenden Steuer eine mäßige Abgabe von dem gegenwärtigen wirklichen Einkommen eines jeden Grundstückes gefordert hätte. Es ist der Commission mitgetheilt, daß die Staats-Regierung den Gesammtertrag des Grundeigenthums im preuß. Staat auf 110—115 Millionen (wahrscheinlich zu niedrig) veranschlagt. Hiernach würde also eine Summe von 1—1½ Millionen mit dem Satze von wenig über einem Prozent sehr leicht herbeigeschafft werden können." Diesen Weg hat man in England eingeschlagen, und von ähnlichen Ansichten geht der Kleist-Retzowsche Antrag aus, (den indeß die Commission, wie mitgetheilt, auch ablehnt).

Ferner ist bemerkt, daß „die Vorlagen zwei Gegenstände umfassen und unter sich in Verbindung gebracht haben, die doch in dem seitherigen Gange der Gesetzgebung auseinander gehalten wurden. Die Vorlagen, welche die Staats-Regierung in früheren Jahren gemacht hat, haben, so wie das Gesetz vom 24. Februar 1850 selbst, nur den Zweck gehabt, die Befreiungen und Bevorzugungen gewisser Klassen von Grundstücken abzuschaffen, und den Städten statt des Servises eine dem Steuersystem des platten Landes ähnliche Steuer aufzulegen. Es ist nicht abzusehen, weßhalb diese Aufgaben, für die sich zunächst ein praktisches Bedürfniß herausstellt, für deren Lösung aber auch schon viele Materialien vorhanden sind, nicht gelöst werden sollen, ohne die Lösung durch die Vermischung mit einem anderen, viel weitschichtigeren und viel weniger verbreiteten Gegenstand zu erschweren, wie die Ausgleichung der Grundsteuer durch alle Provinzen, beziehungsweise die Erhöhung derselben behufs Erzielung eines höheren Ertrages für die Staats-Kasse es ist. Allein wegen der wenig mehr als 800,000 Thlr., welche als finanzielles Resultat dieser letzteren Maßregel erwartet werden, kann das Bedürfniß derselben auch den Mehrausgaben gegenüber, welche die neue Militär-Organisation erfordert, nicht ermöglichen." .... „Wenn aber die Militär-Organisation eine nachhaltige Vermehrung der Staats-Einnahmen um 9 bis 10 Mill. bedingt, wenn es also feststeht, daß diese Summe früher oder später auf die eine oder die andere Weise vom Lande aufgebracht werden muß, dann scheint es, daß eine weise Schonung der Steuerkräfte des Landes gerade den Militärvorlagen gegenüber mehr wie jemals eine heilige Pflicht der Staats-Regierung und der Landesvertretung ist. Die beabsichtigte Grundsteuerausgleichung wird aber dem Lande unendlich viel größere Summen kosten, als jene 8—900,000 Thlr., die davon nur in die Staatskasse fließen sollen. .... Die Popularität der Grundsteuerausgleichung wird bald schwinden, laute Klagen werden einlaufen; „von denen, die etwas heraus erhalten, wird Niemand danken. Die Steuerkraft des Landes wird aber auf eine beklagenswerthe Weise erschöpft sein, und die Mittel zur Tragung der neuen Kosten nicht mehr besitzen, die die Sicherheit des Staates erfordert. Gerade im Gegensatz mit den Ausführungen der Regierung scheint es daher, daß die Landesvertretung eben im Interesse der Durchführung der neuen Militär-Organisation die allgemeine Ausgleichung der Grundsteuer ablehnen muß."

„Ohne die allgemeine Grundsteuer würden sich die beiden anderen Maßregeln wahrscheinlich viel leichter und mit einem nicht ganz unbedeutenden Gewinne für die Staatskasse ausführen lassen. Zunächst die Heranziehung der befreiten oder bevorzugten Grundstücke in mehreren Provinzen. Die Rittergutsbesitzer haben in mehreren Landestheilen indirekte Grundsteuer gezahlt, durch ihre Bauern nämlich, von denen sie ja eine höhere Pacht hätten nehmen können, wenn dieselben nicht mit der Kontribution wären belastet gewesen." Ferner spricht zu Gunsten der jetzigen Besitzer der Rittergüter der oben näher nachgewiesene Charakter der Grundsteuer als eine wesentlich nur das Kapital afficirende. Die ganze gegenwärtige Generation der Besitzer hat ihre Besitzungen mit der Steuerbefreiung der Bevorzugung erworben und sie bei Erbanfällen oder Käufen so angerechnet erhalten. Wenn also auch in vorigen Jahrhunderten bei Auflegung der Grundsteuern eine unzweckmäßige oder selbst eine nicht gerechte Einrichtung stattgefunden hat, so sind die jetzigen Besitzer dafür nicht mehr verantwortlich. Sie genießen den Vortheil davon nicht mehr und die jetzt neu aufzulegende Steuer trifft ihr Kapital-Vermögen." Dem „Gewicht" der landesherrlichen Assecurationen wegen der Steuerfreiheit dürfe man ferner nicht alle Kraft absprechen, „es ist sehr erklärlich, daß nicht wenige Mitglieder der Commission an der Ueberzeugung festhalten, daß diese landesherrlichen Assecurationen ferner respektirt werden müßten, mindestens eine Steuer-Erhöhung nicht ohne volle Entschädigung zulässig wäre." Endlich gehören zu den jetzt neu zu besteuernden, bisher befreiten Grundstücken nicht blos Rittergüter, sondern auch eine große Anzahl von Bauergütern und anderen kleinen Besitzern. In einer früher von der Regierung mitgetheilten Zusammenstellung wird die von den Rittergütern zu erwartende neue Steuer auf 368,000 Thlr. und die von den Bauern und kleinen Besitzern auf 163,000 Thaler angegeben." — Das politische Motiv, daß „es zur Erhaltung und Stärkung des politisches Ansehens der Rittergüter unerläßlich sei, sich der jetzt vorgeschlagenen Steuerhöhung zu unterwerfen", hat eben so Widerspruch gefunden. Es herrscht unter den Bauern der betheiligten Provinz keine „irgendwie beachtenswerthe Aufregung", daß sie höhere Grundsteuer zahlen. Und übrigens, „so gut der mit einer höheren Grundsteuer belegte Besitzer eine Ungerechtigkeit darin finden kann, daß sein Nachbar eine mindere zahle, so gut kann er sie auch darin finden, daß er andere Grundlasten oder Hypothekenschulden auf seinem Gute hat, und der Nachbar nicht; was denn schließlich auf die Tendenzen des Kommunismus hinausläuft." In den östlichen Provinzen ist das politische Ansehen der Rittergutsbesitzer nicht geringer, als in den westlichen. Und wenn die Regierung auf Erhaltung dieses politischen Ansehens Gewicht legt, so ist zu erwägen, daß man „eine Grund-Aristokratie nicht neu schaffen kann, sondern sie in der Hauptsache so nehmen muß, wie man sie vorfindet." — „Trotz alledem ist eine große Anzahl von Mitgliedern der Kommission der Ueberzeugung, daß die fragliche Maßregel jetzt zur Ausführung kommen muß. Die Steuerbefreiungen der Rittergüter sind ein vieljähriger Zankapfel, weniger im Innern der Provinz, wo sie bestehen, wie zwischen den verschiedenen Provinzen geworden, indem die westlichen Provinzen ihre Beschwerden über zu hohe Belastung mit der Grundsteuer fast immer damit in Verbindung gebracht haben, daß die Rittergüter der alten Provinzen sich der Steuer entzögen. Auch daraus, daß in den Provinzen links der Elbe unter der Fremdherrschaft die Grundsteuer unter ähnlichen Verhältnissen ohne Entschädigung aufgelegt ist, leitet sich leicht noch jetzt eine Mißstimmung gegen die östlichen her. Die jetzt angebotene, etwa die Hälfte des wirklichen Schadens ergebende Entschädigung genügt freilich dem Prinzipe der Gerechtigkeit keineswegs, schließt sie aber wenigstens nicht aus." In dem jetzigen Moment dürfe man sich am wenigsten Opfern entziehen.

Was den zweiten Gegenstand der Gebäudesteuer betrifft, so dürfte auch die endliche Regelung der städtischen Grundsteuer jetzt mit Recht erwartet werden können. Auch die betreffende Vorlage wird indeß (wie ebenfalls bereits mitgetheilt) von der Commission abgelehnt, wesentlich aus folgenden Gründen: „Neben der Regelung der städtischen Angelegenheit enthält die Vorlage eine gar nicht unbeträchtliche Erhöhung der Steuern des platten Landes in den östlichen Provinzen. Der Modus, unter dem solche gefordert wird, beruht an und für sich auf keinem rationellen Prinzip. Will man von den ertragsfähigen Grundstücken eine gleichmäßige Steuer nach dem wirklichen Reinertrage erheben, so darf man bei Berechnung des Ertrags der ländlichen Wirthschaften die Gebäude, auch die zur Wohnung des Besitzers und seiner Officianten, Dienstboten und Tagelöhner bestimmten, nicht als einen Einnahmeposten in Ansatz bringen. Sie sind vielmehr ein Ausgabeposten, und wenn man den Reinertrag einer ländlichen Wirthschaft finden will, so muß man für die Erhaltung und Beschaffung der Gebäude, einschließlich der Wohnungsräume für das nöthige Personal, eine erhebliche Summe abrechnen, und kann nicht einen Miethsertrag von diesen Räumen in Einnahme stellen."

Einer näheren Beleuchtung hat dann die Commission noch das Kataster oder die allgemeinen Abschätzungsprinzipien und die damit in nothwendigem Zusammenhang stehende Frage über die behauptete Prägravation oder Bevorzugung einzelner Provinzen unterworfen. „Bisher, sagt die Commission, haben die Vertheidiger der Gerechtigkeit und Rathsamkeit einer allgemeinen Grundsteuer solche bisher noch immer untrennbar von einem guten Kataster gehalten." Daß man jetzt „die allgemeine Ausgleichung der Grundsteuer mit allen ihren Consequenzen festhalten, und daneben von Einführung eines Katasters, ja von aller und jeder vorgängigen Feststellung der Mittel und Wege, durch die der Reinertrag der Grundstücke gefunden werden soll, Abstand nehmen will, das ist in der That ein ganz neues Ereigniß in der Finanzgesetzgebung" .... „So lange die Mittel und Wege nicht gefunden sind, um den Reinertrag eines Grundstückes am Rhein und in Lithauen, oder in Hinterpommern und in Thüringen nach einem gleichmäßigen Maßstab abzuschätzen, so lange kann der Behauptung, daß der eine Landestheil mit seiner Steuer überbürdet, und der andere bevorzugt sei, kein entscheidendes Gewicht beigelegt werden. Was von der Regierung deshalb bis jetzt beigebracht worden, beruht auf Vermuthungen, die für einen solchen Zweck unmöglich genügen können" .... „So lange nicht feststehe, nach welchen Prinzipien eigentlich abgeschätzt werden soll, ist die Bezeichnung des Prozentsatzes, nach welchen ein Grundstück besteuert, in der That völlig inhaltsleer" .... „Nicht viel anders ist es mit der Gegenüberstellung der Provinzen. Daß Schlesien und Sachsen überbürdet wären, sind Behauptungen, die nicht aus diesen Provinzen selbst hervorgegangen, und erst bei Gelegenheit der Reclamationen der beiden westlichen Provinzen, hauptsächlich von der Regierung selbst zur Sprache gebracht sind" .... Für die westlichen Provinzen ist „die Höhe der ihnen noch von der Fremdherrschaft her auferlegten Grundsteuer" zugegeben, und ebenso, daß „die Verschiedenheit der dortigen Grundsteuer-Verfassungen von der der übrigen Landestheile an sich ein Mißstand ist." Sie haben aber dafür auch Begünstigungen vor den östlichen Provinzen, „namentlich durch die Kontingentirung der ganzen Steuer, die mit dem steigenden Werth und Ertrag der Grundstücke ein successives Her-

untergehen der Steuer aller einzelnen Steuerzahler bedingt." „In früheren Jahren, namentlich 1832 und 1836, sind auf derartige Beschwerden der westfälischen und rheinischen Provinzialstände sehr gründliche und ausführliche Bescheide ergangen, in denen die mannigfachen Momente sehr ausführlich entwickelt sind, die eine Ueberbürdung der westlichen Provinzen gegen die östlichen mindestens nicht in dem Grade anerkennen lassen."

Das ist im Wesentlichen der Inhalt des allgemeinen Theiles des Commissions-Berichtes. Da die Ablehnung des § 1 des ersten Gesetzentwurfes im Plenum des Herrenhauses und damit der ganzen ersten beiden Gesetzentwürfe ganz unzweifelhaft ist, und demnach ein Zurückziehen aller dieser Vorlagen seitens der Regierung erwartet werden darf, so erschienen weitere Mittheilungen über Einzelheiten unthunlich; eventuell wird über die einzelnen Gesetz-Entwürfe an den betreffenden Sitzungstagen einleitende Mittheilung aus den Commissions-Berichten gegeben werden.

Preußen.

∂ **Berlin,** 25. April. [Die Conferenzfrage. — Der Besuch des Königs von Sachsen.] Wenn das Reuter'sche Telegraphen-Bureau nicht schon durch einige frühere Tartaren-Botschaften das öffentliche Vertrauen verloren hätte, so würde die jüngste Mystifikation, welche eine Erledigung der savoyischen Angelegenheit ganz nach französischem Diktat verkündet, vielleicht einen Erfolg gehabt haben. Doch vereinte sich hier die Unwahrscheinlichkeit der Nachricht mit dem Mißkredit der Quelle, um jede Täuschung zu verhindern. Da das Reuter'sche Bureau unter französischen Auspicien steht, so liegt die Vermuthung nahe, daß die von ihm angedeutete Combination etwa in die Linie der Tuilerien-Politik fällt; doch glaubt man hier zu wissen, daß ein solches Programm weder förmlich in Antrag gebracht worden ist, noch Aussicht auf allseitige Zustimmung hat. Allerdings war in der Depesche auch nur von einem Einverständniß der Mehrheit der betheiligten Mächte die Rede, und man darf nicht allzu vertrauensvoll sein, wenn die geheimen Beziehungen, welche Napoleon mit den Kabineten von Petersburg, von Wien und selbst von London unterhält, in Frage stehen. Doch legt die controlirende Wachsamkeit des Parlaments der freundschaftlichen Willfährigkeit Lord Palmerston's gegen die Wünsche Napoleon's noch einigermaßen den Hemmschuh an, und es ist nicht zu besorgen, daß Frankreich sich mit der Sanktion eines Conferenz-Beschlusses begnüge, welchem die Bestimmung Preußens und Englands fehlt. Wie wenig man auch von den Ergebnissen einer Conferenz erwarten möge, nachdem die Dinge in Savoyen und in Nizza, unter dem Drucke französischen Einflusses, so weit vorgeschritten sind, die allseitige Anerkennung wird der Besitzerweiterung Frankreichs nicht zu Theil werden, wenn die Forderungen der europäischeu Mächte für die Sicherheit der Schweiz unerfüllt bleiben. — Die heute von einigen Blättern verbreitete Nachricht, daß die Einladung zur Conferenz bereits vom Tuilerien-Cabinet an die betheiligten Regierungen ergangen sei, darf wohl als unbegrüudet erachtet werden, da Frankreich nicht eher mit bestimmten Eröffnungen hervortreten wird, als bis es die Ergebnisse der Volksabstimmung amtlich mittheilen kann. Jedenfalls ist eine solche Einladung hier zur Zeit noch nicht eingetroffen. — Es wird noch immer viel darüber gestritten, ob dem Besuche des Königs von Sachsen ein politischer Zweck beizulegen sei. Die Vermuthung hat bekanntlich dadurch Gewicht erhalten, daß in jüngster Zeit viel von einer Annäherung Oesterreichs an Preußen die Rede war. Man würde sich sehr irren, wenn man glauben wollte, daß König Johann von Seiten des wiener Hofes mit einem Auftrage in diesem Sinne betraut war. Doch dürfte der Monarch wohl die Gelegenheit benutzt haben, um auf Grund eines selbstgegebenen Mandats und im Interesse der mitteldeutschen Politik für die Verständigung der beiden deutschen Großmächte zu wirken.

Berlin, 25. April. [Empfang einer Deputation.] Am vergangenen Sonnabend geruhten Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent im Beisein Sr. Hoheit des Fürsten zu Hohenzollern eine aus Angehörigen verschiedener Provinzen und Stände bestehende Deputation zu empfangen, die beauftragt war, Allerhöchstdemselben in Betreff der Juden und der Militärvorlagen zwei mit Tausenden von Unterschriften versehene Adressen zu überreichen. An der Spitze der Deputation, deren Kern Rittergutsbesitzer der fünf östlichen Provinzen bildeten und der sich einige Landleute aus Westfalen und einige Bürger Berlins angeschlossen hatten, befand sich der Graf Botho zu Stolberg-Wernigerode, welcher die Veranlassung und Verbindung beider Adressen darlegte und demnächst die Mitglieder der Deputation vorzustellen die Ehre hatte.

Die erstgedachte Adresse, worin Se. königl. Hoheit gebeten wird, das alte Recht, wonach die Juden ständische Gerechtsame nicht ausüben und öffentliche Aemter nur innerhalb der durch das Gesetz vom 23. Juli 1847 bestimmten Grenzen bekleiden dürfen, in Gnaden aufrecht zu erhalten, wurde unter eingehendem Hinweis auf die rechtliche Seite der Frage von dem Regierungs-Präsidenten a. D. Freiherrn v. Senden überreicht. Die Adresse wegen der Militärvorlagen, welche Sr. königl. Hoheit neben dem Dank für die begonnene Reform der Wehrverfassung die unterthänigste Bitte ausspricht: diese Reform zum Wohle des Vaterlandes mit fester Hand durchzuführen, überreichte mit einer kurzen patriotischen Ansprache der Graf v. Bismarck-Bohlen, Landtagsmarschall von Pommern. Nachdem hierauf der Landrath a. D. v. Berg-Perscheln in sehr bewegter kurzer Rede die Stimmung des Landes in Betreff der Judenfrage geschildert, geruhten Se. königl. Hoheit die Auffassung darzulegen, von welcher Allerhöchstihre Regierung in dieser schwierigen Frage ausgegangen sei und ausgehen zu müssen geglaubt habe. Am Schlusse der eingehenden Erwiderung wurde von Allerhöchstdemselben eine nochmalige gründliche Prüfung des Gegenstandes in Gnaden zugesagt. — In Betreff der Militärvorlagen äußerten Se. kgl. Hoheit Höchstihre Zufriedenheit mit den von den Petenten ausgesprochenen Gesinnungen und sprachen, mit voller Genugthuung über das kräftige Eintreten für die Reform, die Hoffnung aus, daß der Widerstand gegen die Vorlagen der besseren Erkenntniß von der Nothwendigkeit der Armee-Reorganisation je länger desto mehr Platz machen werde.

Nachdem Se. königl. Hoheit mit den einzelnen Mitgliedern der Deputation — wir nennen noch den Major a. D. v. Massenbach, den Landschafts-Direktor v. Lieres, den Grafen v. Solms-Baruth d. Jüng., den Baron von Veltheim — Sich huldreich unterhalten, geruhten Allerhöchstdieselben die Deputation mit der Versicherung zu entlassen, daß Sie deren Erscheinen als Beweis des Vertrauens und Ausdruck eines gesunden Verhältnisses zwischen Monarch und Unterthan ansähen. Sollten die Herren jemals wieder, von ihrem Herzen oder Gewissen getrieben, Anliegen ähnlicher Art vorzutragen haben, so würden sie die Thür zu Allerhöchstihnen jederzeit geöffnet finden. (N. Pr. Z.)

Berlin, 25. April. [Vom Hofe. — Vermischtes.] Seine kgl. Hoheit der Prinz-Regent nahm heute die Vorträge der Minister v. Auerswald und Freiherrn v. Schleinitz, so wie des Wirklichen Geheimen Raths Illaire entgegen, und empfing den Fürsten Radziwill, den General der Infanterie v. Lindheim, den Gesandten v. Bismark-Schönhausen und den General-Stabsarzt Dr. Grimm.

— Ihre Majestät die Kaiserin-Mutter von Rußland, zur Zeit in Nizza, gedenkt Mitte Juni zum Gebranch der Bäder in Wildbad einzutreffen und bis Ende Juli daselbst zu verweilen. Ihre Majestät gebrauchte bekanntlich auch in den Jahren 1857 und 1858 Bad Wildbad; das damals von der Kaiserin bewohnte Hotel Bellevue ist auch für den bevorstenden Aufenthalt Ihrer Majestät bereits wieder gemiethet.

— Se. kgl. Hoheit der Prinz Karl begab sich heute nach Schloß Glienicke und kehrte Nachmittags hierher zurück. — Se. königliche Hoheit der Prinz August von Würtemberg begab sich heute mit dem General-Lieutenant v. Schlemüller zur Besichtigung der ersten Eskadron des Garde-Husaren- und des ersten Garde-Ulanen-Regiments nach Potsdam und kehrte Mittags zurück. — Se. Durchlaucht der Fürst zu Sayn-Wittgenstein ist von Sayn hier eingetroffen. — Der kaiserl. russische General der Infanterie und General-Gouverneur von Finnland, Graf Berg I., ist nach Stockholm abgereist. — Der Commandeur des 7. Husaren-Regiments, Oberst-Lieutenant v. d. Goltz, ist gestern nach Bonn zurückgekehrt.

— Aus Posen schreibt man uns, daß der Unterstaats-Sekretär Sulzer im Ministerium des Innern dort anwesend war, wie man glaubt, um mit dem Ober-Präsidenten v. Puttkammer über die Modalitäten seines bevorstehenden Rücktritts aus dem Staatsdienste zu konferiren. Gleichzeitig wird bestätigt, daß der frühere Ober-Präsident von Sachsen und Posen, v. Bonin, zum Nachfolger des Herrn von Puttkammer bestimmt ist. (Wir fügen hinzu, daß die Angabe über die gleichzeitige Ernennung des Herrn v. Bonin zum Wirklichen Geheimen Rath als unbegründet bezeichnet wird.) — Der Geheime Ober-Regierungsrath Frantz im Ministerium des Innern ist in Folge eines Unfalls am Fuß, der ihn unlängst betroffen, an das Zimmer gefesselt, ohne jedoch seiner amtlichen Thätigkeit ganz entzogen zu sein. — In Koblenz ist am 20. d. M. der Regierungsrath Kaupisch, ein trefflicher Mann, nach langem Leiden gestorben. Vor einigen Jahren war er für kurze Zeit Mitglied des Hauses der Abgeordneten. — Der Professor der theologischen Fakultät in Göttingen, Consistorial-Rath Dr. theol. Dorner, von dem es unlängst hieß, er habe einen Ruf nach Halle erhalten, ist zum Mitgliede des königlich hannoverschen Consistoriums, unter Beilegung des Prädikats „Ober-Consistorial-Rath" ernannt.

— Nachdem das aus je vier Unteroffizieren, den betreffenden Hauptleuten und Batteriechefs der drei in gezogene Batterien umzuwandelnden 12pfündigen Batterien je eines Artillerie-Regiments, ferner aus den sämmtlichen Artillerie-Regiments-Commandeuren und Generalen in Berlin bestandene Commando zur Ausbildung in den Exercitien mit gezogenen Kanonen nach 14tägiger Uebung aufgelöst ist, soll nunmehr, wie man hört, mit dem 1. Mai diese neue Art von Geschossen in der preußischen Armee allgemein eingeführt werden. Demnächst steht eine Reduktion der Fuß-Artillerie von 162 auf 152 Mann und von 67 Pferden auf 40 für die Batterie, so wie die Entlassung aller im vierten oder fünften Jahre dienenden Kanoniere zu erwarten, selbst wenn durch diese Maßregel die Zahl der Mannschaften nicht mehr den neuen Etat erreichen sollte.

△△ **Berlin,** 25. April. [Die deutsche Frage im Abgeordnetenhause.] Am Sonnabend Abend hat die Commission für die schleswig-holst. Frage ihren Bericht festgestellt. Bekanntlich war die Frage durch eine Petition von Droysen, Beseler ꝛc. im Hause angeregt. Der Antrag der Petenten lautete: „Das hohe Haus wolle die Regierung auffordern, 1) Kenntniß davon zu nehmen, ob und in wie weit die in den Verhandlungen von 1851—52 mit der dänischen Regierung in Betreff des Herzogthums Schleswig festgestellten Bedingungen in Ausführung gekommen; 2) und das Erforderliche zu veranlassen, daß, falls dieselben unausgeführt geblieben, die von der Krone Preußen mit garantirte Erfüllung derselben endlich stattfinde." Dieser Antrag ist von der Commission einstimmig acceptirt, und der Minister des Auswärtigen hat seinerseits seine Zustimmung zu erkennen gegeben. Wenn die Nachricht sich bestätigt, daß von Paris die Aufforderung zu einem Congreß hier eingelaufen sei, wenn ferner, was zu fürchten ist, Frankreich und Rußland — vielleicht unter Zustimmung Oesterreichs — bestrebt sein sollten, auf diesen Congreß noch andere Fragen, außer der schweizer, zu ziehen, so wäre wenigstens zu wünschen, daß Preußen nicht auf dem Felde der Intrigue ohne ein positives und nächstes Interesse erschiene und daß es seinerseits jede Concession an eine Bedingung knüpfte — Wiederherstellung des Rechtes von Schleswig-Holstein.

Der Ausfall der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in der Die Ultramontanen sind nur unter gewissen Voraussetzungen und Bedingungen Preußen. Im Uebrigen sind wir in unserem politischen Ehrgefühl vorwärts gekommen. — Selbst der Führer der feudalen Partei sagte sich los von der olmützer Politik, und die Redner der Majorität behandelten die kurhessische Sache als eine Ehrenfrage Preußens und als eine besondere Form und Gestalt der deutschen Frage. Daß dies so offen, so unumwunden herausgekehrt wurde, ist von großer Bedeutung. Das preußische Volkshaus will demnach nicht, daß die Bundestagsabstimmung vom 24. März uns eine zweite Niederlage eintrage, es will vielmehr, daß die schmachvolle Resignation von Olmütz aufhöre, d. h. aber mit andern, positiven Worten, „es will, daß die Politik der Union, die deutsche Politik wieder aufgenommen und diesmal mit Macht vertreten werde. Es hat dem Bundestag offen den Krieg erklärt, aber diese Kriegserklärung ist gleichbedeutend mit der Aufforderung an die deutschen Volksstämme, zur Regeneration unserer deutschen Gesammt-Verfassung gemeinsam die Hand anzulegen. Es hat endlich das Bündniß mit Oesterreich und seinen Freunden für unmöglich erklärt und das deutsche Volk zum Bundesgenossen angerufen; aber damit dieser Ruf gehört werde — das hohe Haus weiß es — muß Preußen durch schlagende Reform seiner inneren Zustände, durch unverzagtes Eintreten für die Sicherheit und Ehre Deutschlands, Vertrauen auf den in ihm lebenden Geist, auf die in ihm wirksame Kraft erwecken. Die kurhessische Debatte hat also nur Sinn, wenn sie der erste in einer Reihe von Akten ist, und wenn die Regierung, welche dem Hause ihre moralische Zustimmung gab, wirklich entschlossen ist, alle ihre Consequenzen zu vertreten. Ein Bedenken und eine Frage möchten wir übrigens noch an die Redner adressiren. Sie haben sich fast sämmtlich auf den Standpunkt gestellt, daß der Bundestag, weil er ohne Zustimmung der deutschen Volksvertretung rehabilitirt sei, gar keine rechtliche Existenz habe. Dieses juristische Verfahren und die Unterscheidung von Bund, Bundestag und Bundesversammlung scheint uns sehr unfruchtbar gegenüber einem Faktor, der zehn Jahre lang durch eine sehr fühlbare Wirksamkeit seine Existenz bewiesen hat. Herrn von Vincke aber möchten wir fragen, warum er, statt den Minister des Aeußeren wegen seiner zugeknöpften Haltung zu moniren, ihn nicht öfters zwingt, sich aufzuknöpfen. Auch in England pflegt der Vertreter des Auswärtigen sich nicht zu expectoriren, außer wenn er gefragt wird. Ferner, wenn nach der Geschäftsordnung eine in das Haus gebrachte Resolution erst durch langwierige Commissionsberathungen gehen muß, warum ändert das Haus nicht diesen Punkt seiner Geschäftsordnung? Man wird sich ohnehin bald gewöhnen müssen, in 24 Stunden fertig zu bringen, wozu man sonst eben so viel Wochen gebrauchte. Endlich hat Herr v. Vincke konstatirt, daß er dem Nationalverein nicht angehöre. Wir erlauben uns zu bemerken, daß dies nicht richtig ist; geistig gehört er ihm an, die deutsche Politik, welche er der Regierung anrieth, ist genau diejenige, welche der Nationalverein vertritt.

C. S. [Personal-Nachrichten.] Trotz aller officiösen Dementis halten wir den Rücktritt des Justiz-Ministers für beschlossen, derselbe wird jedoch erst in der ersten Hälfte des Monats Juli erfolgen, nachdem der Minister 35 Jahre gedient haben wird. Als sein Nachfolger im Amte wird fortdauernd der Unter-Staats-Sekretär Müller bezeichnet, und dessen Wahl allgemein als eine sehr glückliche bezeichnet. Herr Müller hat seine amtliche Laufbahn 1832 begonnen, ward im Jahre 1834 zum Obergerichtsassessor ernannt; von 1838 bis 1846 fungirte er als Staats-Prokurator in der Rheinprovinz und ward 1847 Polizei-Direktor in Köln. 1848 Mitglied der Nationalversammlung, ward er von Frankfurt a. M. nach Berlin berufen, um nach Märkers Abgange die Leitung des Justizministeriums zu übernehmen, im Juli 1848 ward er Unter-Staatssekretär. — Wie uns aus guter Quelle mitgetheilt wird, beabsichtigt der diensthuende Kammerherr J. k. H. der Frau Prinzessin Karl von Preußen Schloßhauptmann von Breslau, Graf Emo v. Schaffgotsch, sich binnen Kurzem auf seine in Schlesien belegene Besitzung Maywaldau zurückzuziehen und seine bisherige Stellung am Hofe ꝛc. aufzugeben. Als Nachfolger des Grafen Schaffgotsch bezeichnet man den Kammerherrn und Schloßhauptmann von Angermünde, v. Röder. — Se. k. H. der Prinz Karl begiebt sich zu Anfang nächster Woche zu vierwöchentlicher Kur nach Karlsbad. S. k. Hoh. wird von seinen beiden Adjutanten, den Majors von Witzleben und v. Puttkammer und seinem Leibarzt, dem Dr. Weiß begleitet werden. — Die Herkunft der Königin von England wird in diplomatischen Kreisen noch sehr in Zweifel gezogen; bei den augenblicklichen politischen Verwickelungen sträuben sich die englischen Minister gegen die Ortsveränderung, die mit vielen Weitläufigkeiten verbunden ist. — Einem Gerüchte zufolge wird die Ernennung des Fürsten Wilhelm v. Radziwill zum Oberst-Kämmerer in den nächsten Tagen vollzogen werden. Se. k. H. der Prinz Friedrich Karl würde den Fürsten dann im Kommando des 3. Armeekorps ersetzen. Gleichzeitig dürfte dem Oberst-Truchseß, Gen.-Int. der königl. Hofmusik und Wirkl. Geh. Rath, Grafen Wilhelm Redern die Leitung des Ministeriums des königl. Hauses übertragen werden. — In diplomatischen Kreisen beschäftigt man sich mit der geheimen Mission, welche der russ. General v. Berg zu erfüllen, hierher gekommen ist.

[Vom Landtag.] Die Ehegesetz-Commission des Herrenhauses berieth gestern über die facultative Civil-Ehe, die ihr bekanntlich aus dem Abgeordnetenhause wieder zugegangen ist, und verwarf dieselbe mit allen gegen eine Stimme. Ein Antrag auf Einführung der sogenannten Noth-Civil-Ehe wurde von 9 gegen 5 Stimmen (ein Mitglied fehlte) abgelehnt.

Die Budget-Commission des Hauses der Abgeordneten hat gestern die Berathung des Etats der Militärverwaltung beendet. — Die Militär-Commission macht augenblicklich eine kleine Pause, vielleicht um die Entscheidung der Regierung über den (neulich angedeuteten, später durch die Blätter näher bekannt gemacht gewordenen) Kühne'schen Vermittelungsantrag, vielleicht um die Entscheidung des Herrenhauses in der Grundsteuerfrage abzuwarten. — Die Berathung der Kreisordnung wird in der Commission des Hauses der Abgeordneten so beschleunigt, daß eine Verhandlung in Plenum noch möglich scheint.

(N. Pr. Z.) [Die Militärvorlagen.] In parlamentarischen Kreisen hält man für entschieden, daß sich die Staatsregierung mit dem Amendement des Abgeordneten Kühne (Berlin) zu den Militärvorlagen, nach welchem der Regierung zu der von ihr für nothwendig erachteten Augmentation und Reorganisation der Armee die Mittel zunächst auf ein Jahr gewährt werden, einverstanden erklären wird. Wir hören ferner, daß die Commission die Bildung von 10 neuen Kavallerie-Regimentern nicht genehmigt, dagegen aber vorschlägt, daß eine Vermehrung von 40 Schwadronen in der Weise eintrete, daß 20 Regimentern je 2 Schwadronen hinzugefügt werden. Die Commission hält dafür, daß die so durch Wegfall der Regimentsstäbe erzielte Ersparniß wohl zulässig sei. Endlich heißt es noch, daß die Commission in die Errichtung eines Kadettenhauses in Weißenfels, zu welchem Zweck, wenn wir nicht irren, für dieses Jahr 150,000 Thlr. gefordert sind, nicht willigt. — Mehrere Blätter melden, der Vermittelungs-Vorschlag Kühne's gehe dahin, daß die Mittel zu bewilligen seien zur Aufrechthaltung und Vervollständigung der Kriegsbereitschaft und der nach dem Gesetze vom 3. September 1814 über die allgemeine Wehrpflicht erforderlichen Maßregeln. So weit diese Mittel nicht durch den Zuschlag und andere Ueberschüsse gedeckt sind, würden sie durch die Bestände des Staatsschatzes zu decken sein. Die Regierung würde über die Verwendung der Landesvertretung während der nächsten Session Rechnung ablegen, wonach also die Geldmittel nur auf ein Jahr bewilligt würden.

K. C. Die Budgetcommission des Hauses der Abgeordneten hat über den Antrag der Abgg. v. Prittwitz und Genossen wegen Erhöhung der Beamtenbesoldungen Bericht erstattet. Nach der vorjährigen Denkschrift des Finanzministers, über welche der Bericht der Budget-Commission nicht mehr zur Berathung im Plenum gelangte, waren damals im Ganzen 1,773,000 Thlr. für den fraglichen Zweck bewilligt, das Bedürfniß aber noch nicht vollständig befriedigt, und für 1860 wurden weitere Bewilligungen in Aussicht genommen. Die Verhältnisse haben indeß es nicht erlaubt, im diesjährigen Etat etwas dafür auszusetzen. Die Regierung behält aber die Sache fortwährend im Auge; es handelt sich nur um das Wann? Die Commission ihrerseits erkennt die Bedürfnißfrage einstimmig an. Unter Ablehnung einer — mit Hinweis auf die Erklärung der Regierung — motivirten Tagesordnung sowie eines Antrages, jährlich 200,000 Thlr. zur Verbesserung der Besoldungen aufzunehmen, bis ein angemessenes Verhältniß hergestellt sei, hat die Commission mit großer Majorität sich für Ueberweisung des Prittwitz'schen Antrages an die Regierung zur Berücksichtigung ausgesprochen.

Die Commission zur Prüfung der angemeldeten Entschädigungsansprüche soll, statt aus je einem Rathe des Finanz-, Justiz-, landwirthschaftlichen Ministeriums und des Ministerium des Innern und 3 Mitgliedern des Obertribunals (wie Regierung und Haus der Abgeordneten wollen), aus je einem Rathe des Finanz- und des landwirthschaftlichen Ministeriums und 5 Mitgliedern des Obertribunals, die der Justizminister auf Vorschlag des ersten Präsidenten des Obertribunals ernennt, bestehen. — Die Staatspapiere, in denen die Entschädigung zu leisten ist, sollen (nicht, wie Regierung und Haus der Abgeordneten wollen, 4 prctig., sondern) 4½proc. sein, und (nicht mit einem, sondern) einem halben Procent der Gesammtschuld amortisirt werden.

Ueber die Motive der Commission und die in ihrer Mitte gepflogenen Verhandlungen soll im Zusammenhange berichtet werden.

Köln, 24. April. Der Prinz von Wales, auf der Rückreise von Koburg nach London begriffen, traf gestern Abends 10 Uhr, mit dem mainzer Schnellzuge hierselbst ein und benutzte den um 11 Uhr abgehenden rheinischen Zug zur Weiterreise nach Calais, wo ein englisches Regierungsschiff für Se. königl. Hoheit zur Ueberfahrt bereit gehalten wird.

Heute hat die Wahlschlacht um die Besetzung der durch die Nichtannahme einer früheren Wahl erledigten Stelle eines Mitgliedes der Handelskammer stattgefunden. Aus der Wahlurne, die 368 Stimmzettel enthielt, ging als Kandidat der Stadtrath Classen-Kappelmann hervor, der 275 Stimmeu erhielt, während dem Gegen-Kandidaten Mevissen nur 92 Stimmen zufielen. Jedenfalls hat zum Ausfall der Wahl eine Denkschrift gegen die Gewerbesteuer-Vorlage mit beigetragen, die von Classen verfaßt und gestern Abend zur Vertheilung gelangte.

Koblenz, 23. April. [Der commandirende General des 8. Armee-Corps, Hr. v. Bonin,] ist nach seiner nunmehr erfolgten völligen Genesung gestern zum erstenmale auf Parade erschienen und hat ebenfalls mit Abstattung seiner Besuche begonnen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 23. April. [Beschwichtigungs-Versuche.] In gutorientirten Kreisen wird mitgetheilt, es werde gegenwärtig von der französischen Diplomatie mit großer Beflissenheit das Bestreben kundgegeben, die über die Intentionen und Pläne des Tuilerienkabinets wach gewordenen Besorgnisse zu beschwichtigen. Es soll zu diesem Zwecke den französischen Agenten im Auslande, namentlich in Deutschland, in neuester Zeit die Weisung zugegangen sein, in dieser Richtung in jeder Weise thätig zu sein. Es scheint, man werde eine Fortsetzung dieser Beschwichtigungsversuche zu erwarten haben, bis die schweizerisch-französische Frage und die italienischen Angelegenheiten, diese wenigstens in ihren ersten Stadien, zum Vortheile der französischen Interessen und Ideen geebnet sein würden. Man weiß übrigens wohl und macht sich auch darauf gefaßt, daß die napoleonische Politik Wege ebnet, nicht um stehen zu bleiben, sondern um weiter vorzuschreiten. (L. Z.)

Wiesbaden, 18. April. [Die Rheinzollfrage.] In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung brachte der Abgeordnete Braun bei Gelegenheit der Budgetdebatte die Rheinzollfrage in einem Sinne zur Sprache, der gewiß in ganz Deutschland freudige Anerkennung finden wird. Es sei an der Zeit, bemerkte er, endlich einmal etwas zu thun zur Abwendung der Gefahren, welche der Rheinschifffahrt durch das Fortbestehen der Fluß- und Durchgangszölle und durch die Konkurrenz des Auslandes (Frankreichs) droheten. Während das Zollvereinsgebiet durch seine geographische Lage, seine Stromverbindungen und sein ausgebildetes Eisenbahn-System so sehr wie irgend ein anderes europäisches Land befähigt sei, sich zu einem schwungvollen Transithandel zu erheben und die reichlichsten Gewinne durch Spedition, Land- und Wassertransport, sowie Vermehrung der Hafen- und Eisenbahn-Einnahmen zu erzielen, werde dies durch die Transitzölle und durch die Passage-Zölle auf dem Rhein unmöglich gemacht. Die ersteren seien geradezu eine Strafe, welche auf Benutzung der deutschen Transportstraßen gesetzt werde und mit Hilfe deren man auf eine, man möchte sagen muthwillige und geflissentliche Weise den Transithandel zwinge, sich den konkurrirenden Transportwegen Frankreichs zuzuwenden. Was die Flußzölle anlange, so lasse sich nicht leugnen, daß die Rheinzölle zum Theil den Charakter der reinen Passage-Zölle tragen und insoweit gemeinschädlich sind. Freilich würde es einem kleinen Staat wie dem unsrigen schwer, darauf zu verzichten; und insofern, als auf unseren Antheil an dem Rheinzoll durch den Reichsdeputationshauptschluß bedeutende bleibende Lasten aufgeladen seien, könne auch ein solcher Verzicht rechtlich nicht verlangt werden. Eine billige Ablösung dagegen liege im allerseitigen Interesse. Sollte aber dieselbe nicht möglich sein, dann müsse wenigstens eine bedeutende Herabsetzung des Tarifs durch Vereinbarung unter sämmtlichen Rheinuferstaaten angestrebt werden. Schreite man zu solchen Reformen bezüglich der Rheinzölle, so sei aber zugleich auf endliche definitive und gänzliche Abschaffung aller Durchfuhrzölle Bedacht zu nehmen, welche noch weit schädlicher wirkten. Er stelle daher an die Regierung die Anfrage, was bisher zur Beseitigung der Gefahren, welche durch das Fortbestehen der bisherigen hohen Fluß- und Durchgangszölle und die Konkurrenz der Transportstraßen des Auslandes dem deutschen Transithandel und der Rheinschifffahrt drohen, von ihr geschehen, und welchen Weg sie in Zukunft einzuschlagen gedenke. Der Finanzdirector Dr. Bertram antwortete: Ueber diesen Gegenstand schwebten Verhandlungen, über deren Inhalt er im Augenblicke ein Näheres nicht angeben könne. Abg. Braun: er werde dann einen besonderen Antrag im Sinne seines Vortrags stellen.

Eisenach, 24. April. [Die beiden Prinzen von Orleans.] Nach den letzten Nachrichten, welche über unsere ehemaligen Mitbürger, die beiden Prinzen von Orleans, Graf von Paris und Herzog von Chartres, angelangt, werden dieselben im Laufe des Sommers wieder auf kurze Zeit hierher kommen. Gegenwärtig mögen sie noch in Jerusalem sein, wohin sie von Alexandrien aus, wo sie längere Zeit zubrachten, durch die arabische Wüste reisten. Graf Beauvoin, ihr ehemaliger Lehrer, war auch ihr Begleiter auf dieser beschwerlichen Reise, auf welcher beide Prinzen persönlichen Muth und Entsagung in gleich hohem Grade bewiesen. In Jerusalem feierten sie das Osterfest, beteten in der Kirche zum heiligen Grabe und ehrten auch die übrigen, durch die Geschichte geheiligten Orte, welche sie besuchten, durch Akte der Wohlthätigkeit und frommen christlichen Sinnes. (Dr. J.)

Hamburg, 22. April. [Mißtrauensvotum.] Das Verhalten unseres Senats in der kurhessischen Angelegenheit hat in der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft zur Beantragung eines förmlichen Mißtrauensvotum gegen dessen deutsche Politik Veranlassung gegeben. Man erinnert sich, daß unlängst ein Antrag auf Auskunfts-Ertheilung über das Votum Hamburgs vom 24. März gestellt wurde. Hierauf erwiderte der Senat gestern:

„Obschon der Senat sich nicht verpflichtet erachten kann, über eine am Bundestage verhandelte Angelegenheit, zumal wenn dieselbe annoch unerledigt ist, Auskunft zu ertheilen, nimmt der Senat doch keinen Anstand mitzutheilen, daß der diesseitige Bundesgesandte angewiesen worden ist, in der kurhessischen Verfassungs-Angelegenheit für Hamburg das Votum abzugeben: daß, nachdem Mehrheit und Minderheit des Ausschusses nicht sowohl in dem Wesen der Sache als in der Frage von der Behandlung derselben von einander abweichen, hiernach aber eine der Sache selbst ersprießliche Vermittelung unschwer zu finden sein dürfte, die ganze Angelegenheit an den Ausschuß zu dem Ende zurückverwiesen werden möge, eine solche Vermittelung herbeizuführen“.

Anknüpfend an diese Mittheilung stellten sofort Dr. Riesser, E. Roß und Dr. Knauth folgenden vorerst geschäftsordnungsmäßig an den Bürgerausschuß zur Berichterstattung gehenden Antrag, zu dessen Unterstützung sich fast die gesammte Bürgerschaft erhob:

„Die Bürgerschaft kann dem Senat ihr Befremden nicht verhehlen, daß sich derselbe in seinem in der kurhessischen Sache abgegebenen Votum mit den rechtlichen Ueberzeugungen und mit den Sympathien der weitaus überwiegenden Mehrzahl seiner Mitbürger in Widerspruch gesetzt; — sich von den Senaten der engverbundenen Schwesterstädte Lübeck und Bremen getrennt, — und die Auffassung der königlich preußischen Regierung unbeachtet gelassen hat, der zufolge es sich in der kurhessischen Angelegenheit vor allem darum handelte, dem Rechte Geltung zu verschaffen und das tieferschütterte Rechtsbewußtsein wieder zu erwecken“. (Preuß. Z.)

Oesterreich.

Wien, 24. April. [Freiherr v. Bruck.] Bis spät in der Nacht drängten sich gestern Personen aus allen Ständen vor dem Hotel des Finanzministeriums, um sich durch persönliche Erkundigungen von dem traurigen Ereignisse zu überzeugen, auch heute während des ganzen Tages absorbirt dasselbe alles Interesse, und alle Gespräche drehen sich um den einen Gegenstand. Die vielfach verbreiteten Gerüchte über die physische Ursache des Todes werden durch den ärztlichen Rapport über die Section des Leichnams ihre Klärung finden. Die Secirung wird morgen Vormittags von den Herren Professor Rokitansky, Stadtphysikus Dr. Stuhlberger und dem Ordinarius Dr. Breuning vorgenommen werden. Ueber die letzten Vorfallenheiten, welche dem Ereignisse vorausgingen, vernehmen wir Folgendes: Noch am Sonntage traf Herr v. Bruck einige Anordnungen im Ministerium, die keineswegs auf ein Ausscheiden desselben schließen ließen. Er verlebte den Tag in heiterer Stimmung, begab sich Abends zu Fuß über das Glacis nach der italienischen Oper und besah bei dieser Gelegenheit mit großer Theilnahme die Vorbereitungen, die auf dem Wasserglacis für die Blumenausstellung gemacht wurden. Bei der Rückkunft aus dem Theater fand er das kaiserliche Handschreiben vor. Er war in dem Augenblicke, wo er es eröffnete, allein in seinem Kabinet und Niemand konnte den Eindruck bemerken, den es auf ihn machte. Er blieb hierauf bis Mitternacht im Kreise seiner Familie. Am frühen Morgen wurde der Arzt geholt; Congestionen gegen den Kopf und stete Neigung zum Erbrechen waren die Symptome, die einen gefährlichen Zustand andeuteten. Der Kranke beklagte sich über heftige Schmerzen, die er während der ganzen Nacht gelitten. Seine Nerven wie sein Gemüthszustand waren in einer furchtbaren Aufregung. Er war zeitweilig bewußtlos, und als er zu sich kam, befahl er, das kaiserliche Handschreiben, welches neben ihm lag, in sein Kabinet zu tragen. Das Uebrige haben wir gestern schon gemeldet. Gegen 6 Uhr Abends, als eine Neigung zum Erbrechen sich wieder einstellte und ein Glas Wasser ihm gereicht wurde, zuckte er nach den ersten Tropfen, die er getrunken — der Tod war eingetreten. (Ostd. Post.)

Wien, 25. April. [Zur Tages-Geschichte.] Die Section des Leichnams Sr. Excell. des Freiherrn v. Bruck hat heute stattgefunden. Nach vollendeter Autopsie wurde die entseelte Hülle in der reformirten Kirche in der Dorotheergasse ausgestellt, wo sie bis morgen ausgesetzt bleibt. Der Verblichene ist in seine Uniform gehüllt, die Gesichtszüge wenig, die Farbe ganz unverändert. Der Sectionsbefund wird veröffentlicht werden. — Wie uns mitgetheilt wird, begiebt sich der k. k. FML. Graf Alexander Mensdorff-Pouilly im allerhöchsten Auftrage nach Stockholm, um bei der am 4. Mai daselbst stattfindenden Krönungsfeier Se. Majestät den König von Schweden im Namen Sr. Maj. des Kaisers zu becomplimentiren. — Wie wir erfahren, ist der bisherige erste Legationssecretär bei der k. k. österreichischen Gesandtschaft in Petersburg, Graf Emerich Szechényi, zum k. k. Gesandten in Neapel ernannt und wird sich derselbe ehestens auf seinen Posten begeben. Bekanntlich hatte der bisherige k. k. Gesandte in Neapel, FML. v. Martini, schon vor einiger Zeit um seine Abberufung gebeten, und es war auch bereits sein Nachfolger ernannt, welcher indeß eine andere Bestimmung enthielt, nachdem der FML. v. Martini veranlaßt worden war, seinen dortigen Posten noch ferner zu behalten. Dem Vernehmen nach zieht sich der FML. v. Martini von den Geschäften zurück und tritt in den Ruhestand. — Se. Exc. der Statthalter FZM. Ritter v. Benedek ist am 23. aus Wien in Ofen eingetroffen.

ʒ **Wien,** 25. April. [Das Ableben Bruck's und der Obduktions-Bericht. — Gerücht.] Die gerichtliche Sektion der Leiche des Freiherrn v. Bruck hat heute durch Prof. Rokitansky stattgefunden, und ich bin nun in der Lage, Ihnen den Befund auf Grund des officiellen Obduktionsberichts mitzutheilen. Danach hat der Finanzminister sich durch Oeffnung der Adern zu entleiben versucht. Auf der rechten Seite des Halses hat er sich einen Schnitt beigebracht, und die Pulsadern beider Arme mit einem Messer schwer verletzt. Die durch den mehrstündigen Blutverlust verursachte Schwächung hat den Tod herbeigeführt. Eine Vergiftung hat nicht stattgefunden, obwohl es möglich ist, daß Bruck eine Narkose genommen hat, um den Todeskampf bewußtlos durchzumachen. Dies, wie gesagt, der Bericht des Stadtphysikus, womit jede andere Version als unberechtigt zurückgewiesen wird. Ueber den Verlauf der letzten Stunden des Ministers geht das gerichtliche Protokoll dahin: Bruck kam gegen 11 Uhr aus der italienischen Oper in sein Palais; bald darauf überbrachte ihm der Diener ein offizielles Schreiben, er öffnete es, im Kreise seiner Familie am Theetisch sitzend. Die Seinigen glaubten zu bemerken, daß der Inhalt des Gelesenen auf den Minister einen tiefen Eindruck machte, doch blieb Bruck in gewohnter, wenn auch schweigsamer Weise, beim Thee. Gegen halb 12 Uhr zog er sich in sein Arbeitszimmer zurück, das er schloß. Der im Nebenzimmer schlafende Kammerdiener will, ehe er sich zu Bett begab, gegen 1 Uhr noch gehört haben, daß der Minister schrieb. Morgens 6 Uhr, sagt der Diener aus, habe ihn ein Stöhnen seines Herrn geweckt, er sei ins Schlafzimmer des Ministers getreten und habe denselben im Blute schwimmend getroffen. Der Hausarzt Dr. Breuning, und zwei in der Nähe wohnende Aerzte, Dr. Währing und Dr. Schults, wurden herbeigeholt. Sie legten Verbände an, und gegen 10 Uhr glaubten sie eine Kräftigung an dem Kranken zu bemerken. Mittags wurden die Erscheinungen beunruhigender, und man beschloß die Zusammenberufung eines ärztlichen Consils der Professoren Oppolzer, Pytha und Seeburger. Als dieselben gegen 5 Uhr im Minister-Hotel erschienen, war Freiherr von Bruck bereits todt.

Dies der Verlauf der Katastrophe, welcher zwar den Darstellungen der hiesigen Blätter, die theils durch die Umstände an diesen Mittheilungen gehindert, theils durch die Parteistellung zu unrichtigen Darstellungen verleitet sind, widerspricht, aber der officiell canstatirte ist. Auch das Dunkel, das über jenem letzten Schreiben liegt, welches der Minister empfing, ist gelüftet. Es enthielt die plötzliche Entlassung des Ministers von seinem Amte, welche Graf Rechberg dem Frhrn. v. Bruck anzeigte. Ueber die Motive dieser Entlassung circuliren zwar allerlei Gerüchte, allein sicher ist nur, daß die Amtsenthebung außer allem Zusammenhang mit der Politik stand. Ob Bruck irgendwie in seiner Integrität durch den Eynatten-Richter'schen Prozeß alterirt wurde, ist schwer zu behaupten; indessen ist allbekannt, daß Bruck zu den verhafteten triestiner Handelschefs Revoltella und Mondolfo in den allerintimsten Beziehungen stand, und wenngleich kaum glaublich ist, daß er an den incriminirten Lieferungen irgend einen Antheil gehabt, so ist doch wenigstens sehr naheliegend, daß er vielleicht compromittirende Versuche gemacht hat, seine Freunde zu decken. Thatsache ist, daß der Minister in den jüngsten Wochen mehreremale, zuletzt noch am vergangenen Sonnabend vor den Untersuchungsrichter geladen war.

Gestern war übrigens in der ganzen Stadt das Gerücht verbreitet, Director Richter habe sich im Gefängniß entleibt. Diese Nachricht ist jedoch durchaus unwahr. Heute ist die Leiche Brucks, mit der Ministeruniform bekleidet, aufgebahrt in der reformirten Kirche ausgestellt und das imposante Antlitz des Todten verräth nichts von dem furchtbaren Schicksale, das dieser Mann sich nach einem Leben voll Glück bereitet. Das Leichenbegängniß findet morgen statt. Vormittags findet hier auch die Leichenfeier für Szechenyi statt, zu welcher heute mit einem Separatdampfer gegen tausend Magyaren in Nationaltracht eingetroffen sind.

[Der ungarische Protestanten-Prozeß.] Der k. k. oberste Gerichtshof hat in der Prozeßangelegenheit des Hofraths Eduard von Zsedenyi der Berufung des Angeklagten gegen das obergerichtliche Urtheil nicht stattzugeben und dasselbe zu bestätigen befunden. Eben so wurde die Berufung des Pfarrers Karl Maday und des Professors Anton Palkövy in derselben Sache als unzulässig und unbegründet zu verwerfen befunden. Zsedenyi und Palkövy wurden des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und Karl Maday der Mitschuld an selbem für schuldig erkannt Nach Antrag des obergerichtlichen Urtheils wurde somit Eduard v. Zsedenyi zur Strafe des Kerkers in der Dauer von acht Monaten, Anton Palkövy zur Strafe des mit einmaligem Fasten verschärften Kerkers in der Dauer von vier Monaten und Karl Maday zur Strafe des mit einmaligem Fasten in jeder Woche verschärften Kerkers in der Dauer von zwei Monaten, und alle drei Angeklagte in solidum zum Ersatze der Kosten des Strafverfahrens und der Verpflegung im Straforte verurtheilt. Die Gefängnisse für die Verurtheilten werden in Kaschau in Bereitschaft gesetzt, da dieselben, den „N. N.“ zufolge, in nächster Woche ihre Strafe anzutreten haben.

Italien.

* **Rom,** 17. April. [Die Peterspfennige. — Thätigkeit Lamoriciere's.] Auf Ansuchen des Generals Lamoriciere hat der Papst eine Kommission ernannt, welche die eingehenden Peterspfennige in Empfang nehmen soll. Die Kommission besteht aus den Kardinälen Wiseman, Villecourt, Reisach und dem Finanzminister. Bis jetzt sind 300,000 römische Thaler eingegangen, was lange nicht ausreicht. Glücklicher Weise für die Regierung haben neuere Unterhandlungen in Belgien zum Abschluß eines Anleihens von 50 Millionen zum Course von 90 und zu $4\frac{1}{2}$ % geführt. — General Lamoriciere entfaltet eine außerordentliche Thätigkeit; er hat alle Kasernen in Rom besucht, einen Artilleriepark geschaffen, einen Schießplatz hergerichtet, und die Arsenale in Ordnung bringen lassen. Er hat Vollmachten zur Organisirung der Armee erhalten, und will ein Kavallerieregiment errichten, weil der Kriegsminister die Dragoner auflösen will. — Das Gerücht, die Fürsten Gabrielli und Ruspoli und der Baron Gavotti seien aus Rom verwiesen worden, ist unrichtig. Dagegen haben die Korrespondenten des „Nord“ und der „Debats“ Befehl erhalten, Rom zu verlassen.

Schweiz.

[Die Diplomatie und die Schweizer-Frage.] Die „Kölnische Zeitung“ erhält aus Bern die Antworten Preußens, Englands und Oesterreichs auf die Noten des Bundesraths vom 19. März und 5. April. Wir geben die entscheidenden Stellen aus diesen Aktenstücken. Russell schreibt dem Bundesrath:

„Der Bundesrath kann nicht zweifeln an dem hohen Interesse, welches die britische Regierung für die schweizerische Eidgenossenschaft empfindet, und er mag sich versichert halten, daß den in ihrer Mittheilung berührten wichtigen Gegenständen die aufmerksamste Berücksichtigung von Seiten der britischen Regierung zu Theil werden wird, welche nicht gesäumt hat, sich sachbezüglich mit den übrigen Mächten, die mit Großbritannien die Verpflichtungen von 1815 eingegangen haben, ins Vernehmen zu setzen.“

Graf Rechberg erkennt an, „daß die Neutralität und Unverletzlichkeit der Schweiz und ihre Unabhängigkeit von jedem auswärtigen Einflusse im wahren Interesse der Politik von ganz Europa liegen“, und fährt fort:

„Der Bundesrath wird also nicht zweifeln können an unserer Bereitwilligkeit, jede Combination zu unterstützen, die geeignet wäre, die Schweiz zu beruhigen und die Aufrechthaltung ihrer Neutralität vor jeder Gefährdung zu sichern.

„Der Bundesrath verhehlt sich aber auch die Schwierigkeiten dieser Aufgabe nicht. Er hätte, seinerseits, den Status quo jeder Aenderung vorgezogen. Wir gehen mit ihm einig in dieser Anschauungsweise. Der Bundesrath erkennt ferner an, daß die Abtretnng Savoyens an Frankreich in unmittelbarer Beziehung zu den in Italien erfolgten Gebietsänderungen stehe. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, haben wir nie aufgehört, hervorzuheben, **daß ein Begünstigen oder Zugestehen der von Piemont in Mittel-Italien ausgeführten Einverleibungen eine Gebiets-Aenderung auch auf Seite der Alpen vorbereiten heiße und daß, wenn man diese Wirkung vermeiden wolle, man vor Allem die Ursache bekämpfen müsse.**

„Angesichts der Schwierigkeiten, welchen vorzubeugen wir vergebens uns bestrebt haben, erblicken wir in der, von der französischen Regierung eingegangenen Verpflichtung, sich mit der Schweiz und den Mächten, die ihre Neutralität gewährleistet haben, hinsichtlich der neutralisirten Bezirke zu verständigen, einen gerechten Grund zu der Erwartung, daß die Frage eine den dadurch berührten, legitimen Interessen entsprechende Lösung finden werde.“

Freiherr v. Schleinitz erklärt in einer Depesche an den preußischen Gesandten vom 14. April:

„Ich ermächtige Sie, mein Herr, Seine Excellenz davon in Kenntniß zu setzen, daß das Kabinet Sr. königlichen Hoheit des Prinz-Regenten seinerseits die Ersprießlichkeit einer Konferenz der acht Mächte, welche die wiener Verträge unterzeichneten, zu dem Zwecke einer gemeinschaftlichen Besprechung der vorliegenden Frage zugiebt. Es schmeichelt sich, es werde den Mächten gelingen, ein Einverständniß über den Ort und die Zeit des Zusammentritts einer solchen Konferenz zu erzielen, an deren Berathungen, uns zufolge, die Schweiz Theil zu nehmen berufen werden soll.

„Das Kabinet ist um so eher zur Hoffnung auf ein baldiges Einverständniß über diesen Gegenstand berechtigt, als der Kaiser der Franzosen schon in Art. II. des turiner Vertrages die Nothwendigkeit einer Verständigung sowohl mit den am wiener Kongreß vertretenen Mächten als mit der Schweiz, in Bezug auf die Garantien, welche sich aus den Bestimmungen des Art. 92 der wiener Kongreßakte ergeben, anerkannt hat.“

(Die russische Note haben wir bereits in Nr. 191 d. Z. mitgetheilt.)

— Nach dem „Bund“ ist die Aufgabe der Schweiz jetzt, die militärische Besitznahme Savoyens durch die Franzosen zu verhindern. Das Blatt sagt hierbei: „Das Verfahren stellen wir uns ungefähr so vor. Die Schweiz protestirt, wie vor der Abstimmung, so nach der Abstimmung, gegen das Resultat. Sie protestirt gegen die Civilbesitznahme Nordsavoyens durch Frankreich. Sie erklärt ihre Neutralität, ihre Integrität und ihre Unabhängigkeit unmittelbar bedroht. Sie erklärt, in den Stand der Nothwehr versetzt zu sein und sich danach benehmen zu müssen. Und sie benimmt sich danach durch Aufgebot und Piketstellung der ganzen Armee. Sie hält jetzt erst recht fest an dem Satze, daß nur der Besitz der Militärgrenze in Nordsavoyen für ihre Unabhängigkeit, für ihre Integrität und für ihre Neutralität eine genügende Sicherheit biete. Sie läßt kein Jota davon ab und betrachtet jede geringste Konzession als einen Verrath an der Freiheit des Landes. Sie ruft die Mächte noch einmal bei ihrer völkerrechtlichen Pflicht, bei der Heiligkeet der Verträge, bei der Heiligkeit des europäischen Friedens an, ihr durch gemeinsames Auftreten gegenüber Frankreich zu der so dringend nöthigen Sicherung der Existenz zu verhelfen .... **Ein Volk, das mit dem Schwerdt in der Hand sein gutes Recht vertheidigend unterliegt, ist der Auferstehung gewiß; ein Volk aber, das sich selbst aufgiebt, ist zum ewigen Tode reif.**“

Frankreich.

Paris, 23. April. [Besorgnisse um Neapel.] Am hiesigen Hofe, so wird versichert, beschäftigt man sich gar nicht mehr mit der Annexion von Savoyen und Nizza; diese zählt man zu den vollendeten, unwiderruflichen Thatsachen, die wohl kritisirt, die aber nicht mehr ungeschehen gemacht werden können. Der Aufstand in Sicilien aber beschäftigt das pariser Kabinet in einem hohen Grade. Man sieht hier sehr wohl ein, daß die neapolitanische Dynastie ernstlich bedroht ist, daß die italienischen Verhältnisse, vom verfehlten Regierungs-System auf's Kräftigste unterstützt, Neapel und Sicilien so mächtig zu Piemont drängen, daß mehr als die Unterdrückung eines Aufstandes dazu gehört, um diesem überwältigenden Drange zu widerstehen. Die Regierung Franz II. macht allerdings große Anstrengungen; sie waffnet sich, sie will sich wehren. Nachrichten aus Neapel vom 14. April melden Folgendes über den Stand der Dinge: „Man ist am Hofe beunruhigt. Es wurde beschlossen: daß durch einen Theil der Armee, welche an der Grenze steht, Gaeta besetzt werden soll, das man als einen äußerst wichtigen Punkt ansieht. Alle Minister außer dem des Krieges sind fast außer Thätigkeit, dafür zeigt sich Hr. Winspeare unermüdlich. Im Arsenal zu Neapel wurde die Zahl der Arbeiter verdoppelt, und diese arbeiten Tag und Nacht, um Kanonen und Munition zu fertigen, die nach Sicilien befördert werden. Auf den Werften von Neapel und Castellamare werden mit der größten Rührigkeit Schiffe ausgerüstet. Aus den Häfen des adriatischen Meeres, wie Ortona, Francavilla, wird ein Theil des Heeres der Abruzzen nach Catanea und Syrakus gebracht; denn der General Salzano und der Gouverneur Castelcicala, der sich zu Palermo auf seinem Posten mit umfassenden Vollmachten befindet, haben dem Kriegsministerium zu wissen gethan, daß die Küsten der Insel zu überwachen sind, weil die Rebellen Unterstützung an Mannschaft und Munition zur See erhalten. Der „Etna“, welcher am 12. April in den Hafen eingefahren, hat 42 theils Militär-, theils Polizeifamilien aus Sicilien und eine gewisse Zahl Polizei-Agenten mitgebracht, die sich auf der Insel nicht sicher fühlten. Das Schiff „L'Electrique“, welches gestern aus Palermo hier ankam, verließ diese Stadt am 11. April. Die Ruhe war vollkommen hergestellt; nur fehlte die Sicherheit der Ruhe, das Vertrauen auf ihre Fortdauer. Beim Abgange des Schiffes waren alle Häuser, alle Läden gesperrt. Kaum sah man einen Einwohner am Fenster; denn die Truppen sind so mißtrauisch, daß sie Feuer geben, sobald sie Jemanden am Fenster erblicken. An allen Ecken und Enden sind Soldaten aufgestellt. Ein beträchtlicher, besonders der jüngere, Theil der Einwohner hat die Stadt verlassen. Vor der Stadt ist ein kleines Lager errichtet, wo ein Theil der Truppen verweilt. Mit Ausnahme von Monreale waren alle Ortschaften rings um Palermo in Aufruhr, und des Nachts hört man häufig Musketenfeuer. Schaaren von Rebellen stürzen sich unversehens auf die Truppen, ziehen sich zurück und kommen wieder, um sie zu keiner Ruhe kommen zu lassen. Man erzählt sich, daß einige Soldaten zu den Aufständischen übergegangen sind und daß der Präfekt von Noto sich gegen die Herrschaft der Bourbons ausgesprochen hat.“ Die französische Regierung ist von all diesen Vorgängen genau unterrichtet, sie hätte begreiflicherweise nichts gegen den Sturz der Bourbons in Neapel; nur käme das Ereigniß jetzt zu früh, als daß sie geheime Marschordres realisiren könnte. Außerdem muß sie fürchten, daß England nach der herrlichen Frucht Sicilien die Hand

ausstrecke, und einen Krieg darum zu führen, daß England Sicilien nicht nehme, findet man nicht lohnend genug und störend für andere wichtigere Plane; darum möchte man ein entscheidendes Ereigniß in Neapel aufgeschoben sehen. Man unterstützt den König Franz durch diplomatische Einwirkung und durch Rath, welchen man ihm ertheilt. Man sagt sogar, daß der Kaiser Napoleon eigenhändig an den König Franz geschrieben habe, um ihn zu bitten, daß er die Rebellen von Palermo, welche von dem Kriegsrath zum Tode verurtheilt wurden, zu einer andern Strafe begnadige, und daß der König die Erfüllung dieser Bitte zugesagt habe. (D. A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. April. [Die Seemacht Dänemarks.] Der neue Marineminister, Admiral Steen-Bille, hat dem Könige einen Bericht über den gegenwärtigen Zustand der Flotte, so wie über die Aussichten und Bedürfnisse unserer Marine eingereicht, welchem wir nachfolgende Angaben, die namentlich für Preußen und Deutschland von Interesse sein dürften, entnehmen. Dänemark hat demnach gegenwärtig an Segelschiffen: 3 Linienschiffe mit zusammen 240 Kanonen, 6 Fregatten mit zusammen 290 Kanonen und 7 Korvetten und Briggs mit zusammen 96 Kanonen, im Ganzen also 16 Segelschiffe mit 626 Kanonen. Hiervon sind 220 Stück Geschütze 30pfündige und 406 Stück 18pfündige Kanonen, welches letztere Kaliber nicht länger als den Forderungen der Zeit entsprechend angesehen werden kann. Von den Linienschiffen ist der „Waldemar" (84 K.) 32 Jahre, „Frederik VI." (84 K.) 29 und der „Dannebrog" (72 K.) 10 Jahre alt; von den Fregatten ist „Rota" (46 K.) 38 Jahre, „Dronning Maria" (60 K.) 36, „Havfruen" (46 K.) 35, „Bellona" (46 K.) 30, „Thetis" (48 K.) 20 und „Tordenskiold" (44 K.) 8 Jahre alt; von den Korvetten ist „Galathea" (28 K.) 29 Jahre, „Walkyrien" (20 K.) 14, „Saga" (12 K.) 12 und „Nayaden" (14 K.) 7 J. alt; von den Briggs ist „St. Thomas" 33 und „Oernen" 18 Jahre alt, eine dritte ist so gut wie cassabel. Durch Reparation ist es geglückt, die Dauerhaftigkeit mehrerer der vorgenannten Schiffe noch über das Maximum hinaus, das man sonst erfahrungsmäßig als das Alter eines Kriegsschiffes angenommen hat, nämlich 30 Jahre, zu bringen. Diese Reparationen sind indessen, wie der Kriegsminister sagt, durch die Nothwendigkeit hervorgerufen worden, das Alte so lange zu erhalten, bis etwas Besseres geschaffen worden, allein es ist durchaus nicht rathsam, ein solches bis zum Aeußersten getriebenes Reparationssystem fortzusetzen, namentlich für Schiffe, deren Untüchtigkeit als Kriegsschiffe genugsam anerkannt ist. Es ist nämlich gegen diesen Theil der Flotte vorzüglich einzuwenden, daß derselbe nicht mit Dampfkraft versehen ist. Die ganze oben benannte Segelstärke ist deshalb von geringem oder gar keinem Nutzen in Kriegszeit, die großen Schiffe, Linienschiffe und Fregatten, müßten alsdann zu Blockschiffen oder zu schwimmenden Batterien reduzirt werden, während die kleinen unthätig im Hafen bleiben müßten. — Die Dampfschiffsflotte besteht aus zwei Schraubenfregatten zu je 42 Stück 30pfündigen Kanonen und 300 Pferdekraft und zwei Schraubenkorvetten („Heimdal" und „Thor") zu 12 und 16 Stück 30pfündigen Kanonen und 260 Pferdekraft. Diese Schiffe sind neu und verhältnißmäßig kräftig. Die Fregatte „Jylland", welche mit einer etwas kräftigeren Maschine als die beiden bereits fertigen Fregatten ausgestattet ist, wird im Laufe dieses Jahres ins Wasser kommen; eine andere schwere Fregatte von 52 Kanonen und eine Korvette sind im Bau begriffen; das Linienschiff „Skjold" (bisher Segelschiff und bereits 27 Jahre alt) liegt im Dock, um zu einem Dampfschiffe mit Hilfsschraube von 300 Pferdekraft und 64 Stück 30pfündigen Kanonen umgestaltet zu werden; dasselbe wird zugleich einer Hauptreparation unterworfen und soll alsdann noch 8 bis 9 Jahre diensttüchtig sein. — Es ist demnach wahrscheinlich, daß die effektive seefahrende Dampfschiffsflotte am Ausgange der gegenwärtigen Finanzperiode (März 1862) aus einem Linienschiffe, 3 Fregatten und 3 Korvetten bestehen und mit 238 Stück 30pfündigen Kanonen ausgerüstet sein wird. In Hinsicht auf die Schnelligkeit, die von allen Sachkundigen als ein Hauptmoment der Tüchtigkeit bei Kriegsdampfern angesehen wird, stehen diese Schiffe sehr zurück, indem nur die 3 Korvetten und vielleicht die Fregatte „Jylland" dem Begriffe von Vollkraftschiffen nahe kommen. Zur Dampfschiffflotte müssen der Vollständigkeit wegen noch 4 Räderdampfschiffe, die mit mehrern Stück schwerem Geschütz (1 und 2 60pfündigen Bombenkanonen) ausgerüstet sind, hinzugerechnet werden; aber auch diese sind als Kriegsschiffe betrachtet, bereits veraltet, so daß sie in keiner Weise zu der eigentlichen seefahrenden Kriegsflotte gerechnet werden können. Die Defensionsstärke besteht 1) aus 50 Ruderkanonenschaluppen, von denen 23 mit je einer 60pfündigen Bombenkanone und einer 24pfündigen drehbaren Kugelkanone und 27 mit je 2 Stück 24pfündigen Kanonen ausgerüstet sind. Von diesen Fahrzeugen gilt in noch höherm Grade wie von den Segelschiffen, daß sie durchaus veraltet und nur im äußersten Nothfalle und unter besondern Verhältnissen gebraucht werden können. 2) 17 Kanonenjollen, ausgerüstet jede mit einer 60pfündigen Bombenkanone und einer Besatzung von 24 Mann. Der Nutzen dieser Fahrzeuge als streng defensiver, unter den Kanonen einer Festung und von der Festung aus bemannt, kann nicht bestritten werden, obwohl sie an dem nämlichen Fehler wie die Kanonenschaluppen leiden, nämlich daß sie mit Rudern und Handkraft getrieben werden müssen und folglich im Verhältniß zu Dampffahrzeugen nur mit geringer Schnelligkeit sich bewegen können. 3) 3 Schraubenkanonenboote, bewaffnet jedes mit 2 Stück 60pfündigen Bomben- oder 30pfündigen Kugelkanonen. Von diesen ist das eine, „Stören", von Holz und so gut wie unbrauchbar, während die beiden anderen von Eisen, neu und als besonders vortheilhaft anerkannt sind. In der kommenden Finanzperiode werden noch 4 neue Fahrzeuge von dieser Art gebaut werden. — Zur Transportflotte gehören 9 Stück anerkannt sehr gute Eisenfahrzeuge und in der kommenden Finanzperiode werden noch weitere 4 dieser Art gebaut werden. (Magd. Z.)

Rußland.

—r— **Von der polnischen Grenze,** 17. April. [Die Juden in Warschau. Wollmarkt. Vermischtes.] Der Fürst Statthalter, der wohl inzwischen aus der russischen Residenz in Warschau eingetroffen sein wird, hatte diesmal eine höchst unbequeme Reise, die Wege waren in dem Grade schlecht, daß er genöthigt war, den Reisewagen unterwegs zurückzulassen und sich eines leichten, offnen Fuhrwerks zu bedienen. In seinem Gefolge befand sich diesmal der Staatsrath E., ein geistreicher junger Mann, der sich dem Fürsten mit jedem Tage unentbehrlicher macht und in Warschau allgemein als dessen erklärter Günstling betrachtet wird. Die Eltern desselben, früher mosaischen Glaubens, vertauschten diesen später gegen den christlichen und gaben dem Sohne die sorgfältigste Erziehung. Der junge E. schwang sich bald zu den ersten Verwaltungsstellen empor und erlangte dadurch bedeutenden Einfluß, vermied aber bis jetzt aufs strengste, denselben zu Gunsten der frühern Glaubensgenossen zu benutzen und man vermuthet stark, der Plan, siebzehn Straßen Warschaus den bis jetzt schon bestehenden Straßen erster Classe anzureihen, sei seinem Kopfe entsprungen. Um diesen Plan ganz zu verstehen, wollen wir auf die Sache selbst etwas näher eingehen.

In den Straßen erster Classe in Warschau ist es den Juden nicht gestattet zu wohnen. Dieses Verbot wurde bisher mannigfach übertreten, durch diesen oder jenen Kunstgriff, theils durch die Garantie des jüdischen Miethers, die festgesetzte Strafe von 500 Gulden zu bezahlen. Doch muß die bisher ausgeübte Toleranz jedenfalls einen argen Stoß erleiden, wenn die Zahl der Straßen erster Classe, wie man beabsichtigt, vermehrt wird und kommt der Plan in seiner ganzen Ausdehnung zur Ausführung, so wird Warschau bald wieder ein mittelalterliches Ghetto besitzen.

Daß die an den Druck ohnehin schon mehr gewöhnten Juden polnischer Abkunft sich in Verhältnisse, welche sie unangenehm berühren oder störend auf den Verkehr wirken, geduldig fügen, darf nicht Wunder nehmen; in Betreff der aus Preußen stammenden und in Warschau ansässigen Juden stellt sich jedoch die Sache anders. Daß diese für die etwa eintretende Geldstrafe dem Wirthe vollständige Gewähr leisten, schützt sie durchaus nicht davor, jeden Augenblick aus dem Hause geworfen werden zu können. Schritte, welche dieserhalb beim General-Consul gethan wurden, blieben ohne Erfolg, da dieser erklärte, nicht die Verpflichtung zu haben, sich in Sachen administrativer Natur zu mischen. Wie bekannt, erließ der preußische Minister für Handel im Februar vorigen Jahres eine Verfügung, in welcher gesagt war, im russischen Reiche seien die preußischen Unterthanen den englischen und französischen gleichgestellt; thatsächlich nun ist dies keineswegs der Fall.

Kürzlich präsentirte ein in Warschau ansässiger englischer Jude seinen Paß zum Visa bei dem betreffenden Consul. Um die Ursache seiner Abreise befragt, erklärte er, man verlange, er solle die Lasten des Tageszettels (eine Abgabe, der jeder Jude in Polen unterworfen ist) tragen, doch verweigere man ihm die Erlaubniß, eine Räumlichkeit auf derjenigen Straße zu miethen, welche er für die geeigneteste zum Geschäftsbetrieb halte. Des Consuls Antwort lautete, nicht abzureisen, den Tageszettel nicht ferner zu bezahlen und zu miethen, wo er Lust habe; im Falle Schwierigkeiten gemacht werden sollten, werde er vortreten. Gestützt auf die Versicherung des Vertreters seiner Nation handelte der Jude dem gegebenen Rathe gemäß und zahlt heute nicht nur keinen Tageszettel, sondern hat auch in einer der vornehmsten Straßen ein Geschäftslokal eröffnet. Solche Folgrn hat ein energisches Auftreten; sollten preußische Unterthanen nicht das Recht haben, Gleiches zu beanspruchen?

Von Meisterwerden in irgend welchem Handwerk ist bei den Juden in Warschau durchaus nicht die Rede und darum giebt es dort so viele Pfuscher.

Die Aussichten zum Wollmarkte scheinen sich, wenn nicht besondere politische Störungen eintreten, gut gestalten zu wollen. Die alten Bestände sind vollständig geräumt und damit sehr viel gewonnen. Freilich spielt auch die polnische Valuta eine bedeutende Rolle. Falls diese sich hebt, so ist ein Bezug unsrer Wollen nur dann möglich, wenn die Preise in Polen heruntergehen. Heute halten sie sich noch auf einer solchen Höhe, die nur durch niedrige Coursverhältnisse auszugleichen ist. Wie dem aber auch sei, so lassen schon die geräumten Bestände auf lebhaften Verkehr während der Märkte schließen.

Die von einer gewissen Partei anfangs so stark angefeindete warschauer „Gazeta Codzienna", an deren Spitze bekanntlich unser ehrenwerther und mit Recht gefeierter Kraszewki steht, gewinnt fortwährend an Abonnentenzahl, ist aber auch unbestritten das gediegendste Blatt, welches bei uns erscheint. Die junge „Deutsche Warschauer Zeitung" scheint gleichfalls mehr und mehr Anklang zu finden und ist schon deshalb empfehlenswerth, weil sie das einzige unsrer Organe ist, das in einer Sprache geschrieben wird, die auch über unsere Grenze hinaus verständlich ist.

Provinzial-Zeitung.

♁ **Breslau,** 26. April. [Tagesbericht.] Der heutigen Sitzung der Stadtverordneten präsidirte stellvertretend Hr. Sanitätsrath Dr. Grätzer. Unter den einleitenden geschäftlichen Mittheilungen erwähnen wir: ein sehr herzlich abgefaßtes Dankschreiben des Herrn Ober-Konsistorialraths Prof. Dr. Middeldorpf für die seitens der Kommune bei seinem Jubiläum bewiesene Theilnahme; ferner ein Anschreiben des Vorschuß-Vereines für Handwerker; endlich die Anzeige des Ablebens des Herrn Stadtrath Froböß, der sich während einer 23jährigen Wirksamkeit die mannigfachsten Verdienste um die Kommune erworben hat. Zu dem, nächsten Sonnabend Morgens 11 Uhr stattfindenden Leichenbegängniß werden 12 Stadtverordnete deputirt. — Auf Antrag des Magistrats wird eine Erhöhung der Kompetenzgelder der Inquilinen des Dienstboten-Hospitals von $2\frac{1}{2}$ auf 3 Thlr. wöchentlich, vom 1. April d. J. ab, beschlossen. — Der hierauf zur Berathung kommende Etat für die Verwaltung verschiedener Einnahmen und Ausgaben wurde im Allgemeinen nach der Vorlage genehmigt, es wurden zwar einige, doch nicht wesentliche Modifikationen beliebt, welche meist darin bestanden, daß einzelne Etats-Propositionen auf das Fraktions-Verhältniß reduzirt wurden. Der Etat projektirt eine Einnahme von 33,765 Thlr. und eine Ausgabe von 91,105 Thlr. Unter den Einnahmen finden wir die Position „für Jagdscheine mit 300 Thlr. angesetzt. Die Ausgaben betreffen meist die Kosten der Verwaltung, z. B. für Fuhr- und Reisekosten 350 Thlr., für Amtsbedürfnisse 900 Thlr., für Beleuchtung und Beheizung des Rathhauses, für Anschaffung von Zeitungen und Büchern, Utensilien, anderer Haushaltungs-Bedürfnisse ꝛc. Zur baulichen Unterhaltung des Rathhauses waren sonst immer 600 Thlr. ausgesetzt, der diesjährige Etat beansprucht 1600 Thlr. (also 1000 Thlr. mehr) und zwar deshalb, weil das Rathhaus auch in seinem Aeußern restaurirt werden soll, namentlich aber in Bezug auf die Erhaltung der merkwürdigen Ornamente. Mit diesen 1000 Thlr. soll es jedoch nicht abgethan sein, sondern diese Restauration wird sich voraussichtlich noch durch mehrere Jahre hindurchziehen. Dem Verein für Konservirung schlesischer Alterthümer wurde eine Unterstützung von 200 Thlr., dem Seidenbau-Verein 30 Thlr. ꝛc. bewilligt. — Eine Mehr-Ausgabe bei dem Titel für Baulichkeiten bei dem Etat für die Verwaltung von Ransern wurde in Höhe von 156 Thlr. bewilligt. — Nachdem noch einige Pachtungs-Angelegenheiten erledigt, sollte über die Verwendung der bei der Sparkassen-Verwaltung gemachten Ersparnisse von 25,000 Thlr. beschlossen werden; es wurde hierbei die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

=p= Unsere Modewelt macht der Saison schon bedeutende Concessionen, Pelz und Wintermantel sind mit der Ablehnung der Grundsteuer (?) aus der Tagesdebatte gestrichen, dagegen der Antrag auf Vereinfachung der Toilette einstimmig durchgegangen. Die Promenade wird wieder zur Promenade, die heimische Flora wetteifert in rascher Entfaltung und grüßt mit buntem Farbenspiel, nur die natürlichen En tout cas, die grünen Baumschirme sind noch Unterweges, da ihre Benutzung in der milden Wärme nicht eilt. Dessenungeachtet ist die Promenade für jetzt der erkorne Rendezvous-Platz der feinen Welt, die Natur genießen will, ehe sie in die Bäder geht. Das ist ein Wogen und Wandern in den Nachmittagsstunden, wie man es sonst nur bei besonderen Gelegenheiten zu sehen bekömmt. Auch die für den Besuch eingerichteten Gartenlokale halten den Eingang seit einigen Tagen wieder offen, nur die beantragte Eröffnung der Trinkhallen, welche den durstigen Spaziergängern das erquickende Selter am Wege spenden sollten, ist noch in Berathung, dürfte aber sicher noch im Laufe dieses Jahres zur Erledigung kommen, ehe die Frage ihrer Zweckmäßigkeit — kohlensauer geworden.

✱✱ [Militärisches.] Bezüglich des im Laufe nächsten Monats erfolgenden Truppenwechsels der hies. Garnison (S. Nr. 191 und 193 dies. Ztg.) vernehmen wir weiter, daß an Stelle des 1. Kürassier-Regts. das neu zu formirende Dragoner-Regt. treten soll. Ferner wird das 10. Inf.-Regt. aus dem Posenschen jedenfalls in den Bereich des 6. Armeekorps zurückkehren, und wahrscheinlich nach Brieg, Glaz ꝛc. in Garnison kommen. Die definitiven Ordres für alle bisher nur gerüchtweise verlautenden Dislokationen erwartet man Anfangs Mai, worauf die Ausführung um die Mitte desselben Monats beginnen wird. Beim 19. Inf.-Regt. sind die Vorbereitungen für den Ausmarsch bereits angeordnet.

⨯ [Jubiläum.] Die Geppert'sche Knaben-Erziehungs- und Unterrichts-Anstalt, bekannt durch ihre trefflichen Leistungen in der Vorbildung für die mittleren Klassen höherer Schulen (bis Tertia) und fürs bürgerliche Leben, ging netto vor 25 Jahren aus den Händen des damaligen Instituts-Vorstehers Bog in die des jetzigen Vorstehers, des Herrn Geppert über, der sie bisher mit großem Geschick und Erfolg leitete. Der Wunsch, daß dies unter Gottes Beistand und beim besten Wohlsein des Vorstehers noch viele Jahre fortgeschehe, war der Hauptinhalt der Gratulationen, mit welchen heut die Lehrer und Zöglinge der Anstalt den geschätzten Jubilar begrüßten.

Zwei reizende Aquarien sind seit einigen Tagen in der hiesigen Permanenten Industrie-Ausstellung zur Schau gestellt, welche eine hübsche Zimmerzierde bilden dürften. Diese Aquarien bestehen aus einem ziemlich umfangreichen Glasgefäß, welches eine Lage Sand und Schlamm und ¾ Wasser enthält. Letzteres muß alle drei Tage abgelassen werden, was sehr leicht durch einen anzulegenden Schlauch geschieht. Eine felsenartig gestaltete Tropfsteinmasse, an welcher verschiedene eingesetzte Wasserpflanzen um so üppiger emporranken, je mehr das Aquarium den Sonnenstrahlen ausgesetzt ist, bietet den umherschwimmenden Goldfischen, Salamandern und Eidechsen, die sich ganz behaglich zusammen zu fühlen scheinen, einen angenehmen und zugleich nährenden Aufenthaltsort, da sich die abgelösten schleimigen Bestandtheile der Pflanzen darin festsetzen. — Eine Ansicht dieser Aquariums, welche dem Publikum jeden Augenblick freisteht, lohnt sich gewiß der Mühe.

=p= [Bloch's Café.] Nächst Fürstensgarten und dem Park mit seiner Schweizerei und der einfachen Osterie zur Linken, die noch ihr Faßbier schenkt, giebt es in Scheitnig wohl kein so beliebtes Etablissement wie Bloch's Café. Schon unter dem früheren Besitzer in Blüthe, entsprechen die jetzigen Einrichtungen den strengsten Anforderungen; der sorgsam gehaltene Garten giebt in seinem Baumreichthum Schatten, wie in seiner Größe Raum zur Bewegung, das Mobiliar ist in gutem, stets sauberen Zustande, die Bedienung prompt und der Kaffee gut. Wiener Kochkunst liefert ausgezeichnete Backhühner und die Besitzer des Volksgartens ihr bewährtes Bier dahin.

α [Bevölkerungslisten.] Im Regierungsbezirk Liegnitz sind im vorigen Jahre überhaupt 34,520 Kinder, darunter 17,813 Knaben und 16,707 Mädchen, geboren worden. Getraut wurden 7420 Paare, worunter sich 6934 evangelische und 955 katholische befanden. Es starben 26,579 Personen, darunter 13,423 männliche und 13,156 weibliche, und durch Selbstmord endeten 197 Personen ihr Leben. — Ein Alter von über 90 Jahren erreichten 29 Personen, darunter 15 weibliche.

Berichtigung. Die Kosten des Baues des Rogallschen Cirkus betragen nicht 15,000 Thlr., wie in der gestrigen Zeitung irrthümlich angegeben, sondern nur circa 3000 Thlr.

c. **Löwenberg,** 25. April. [Zur Tageschronik.] Die Aufregung und Betrübniß wegen der Verlegung der hiesigen Garnison und des damit verbundenen weitgreifenden Verlustes (s. das Ausführliche hierüber in der gestrigen Bresl. Ztg.) wird immer allgemeiner. Schon diese Nacht ist eine Deputation nach Posen abgereist, um eine Aenderung des Beschlusses herbeizuführer (s. gestr. Bresl. Ztg.) und sollte dies fruchtlos sein, will sich die Deputation unmittelbar an den Prinz-Regenten wenden. — Der Vorstand des hiesigen allgemeinen Frauenvereins hat in gestriger General-Versammlung den Rechenschaftsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr vortragen lassen. Die Zahl der Mitglieder beläuft sich auf 101. Die Gesammteinnahme bestand in 821 Thlr. 28 Sgr. 10 Pf., die Ausgaben beliefen sich in Summa auf 650 Thlr. 7 Sgr. 7 Pf., so daß ein Bestand verblieb von 171 Thlr. 21 Sgr. 3 Pf.

H. **Hainau,** 25. April. [Chausseebau.] Endlich ist der Bau einer Chaussee von hier nach Klein-Kotzenau, resp. nach Neusorge allseitig gesichert. Der Bau der Gesammtstrecke soll innerhalb vier Jahren, der der uns zunächst liegenden hainau-kotzenauer aber schon gegen Ende des künftigen Jahres zum Abschluß gebracht sein und behufs dessen mit sofortiger Anfuhr der Baumaterialien vorgegangen werden. Die Chaussee wird den hiesigen Kreis mit 3020, Lüben mit 5040 und Glogau mit 2320 Ruthen berühren und das Anlagekapital circa 110—120,000 Thaler betragen. Die hainau-kotzenauer Straße, zugleich Poststraße, darf wegen der sehr umfangreichen Zu- und Abfuhren von Eisenstein, Torf, Brenn- und Bauholz aus den ausgedehnten Forsten, wegen der lebhaften Communikation mit den seit einigen Jahren dort etablirten Eisenwerken und andern neu entstandenen Etablissements zu den frequentesten gerechnet werden und dürfte die Gesammtstrecke, da sie eine direkte und bedeutend nähere Verbindung mittelst Kunststraße mit Glogau und dem Posenschen eröffnet, gegenüber der Communikation mit dem Gebirge gleichfalls an Bedeutung gewinnen und die Verzinsung des Baukapitals überhaupt wohl gesichert sein.

§§ **Schweidnitz,** 26. April. [Tageschronik.] Der hiesige Jungfrauen-Verein gab am 24. d. M. Abends in dem Saale des Gasthofes zur „Stadt Berlin" eine theatralische Vorstellung. — Das Konzert, welches am 21. d. M. Abends der Musikdirektor Bilse aus Liegnitz in dem hiesigen Stadttheater veranstaltet, war sehr zahlreich besucht. — Gestern gaben die ungarischen Nationaltänzer Fräulein und Gebrüder Kiralyfy im Verein mit dem Wunderzwerge Tom Pouce II. in demselben Lokale eine Vorstellung. — Der hiesige Quartettverein schließt am heutigen Abende die Versammlungen für die laufende Saison mit einem Familien-Quartett. — Der Gewerbe-Verein hat den Cyclus seiner Versammlungen bereits mit dem Ablaufe des vorigen Monats beendet.

δ **Neisse,** 25. April. [Zur Erinnerung an Generallieutenant v. Witzleben.] Den schönsten Punkt der so überaus schönen Umgegend von Neisse bildet die sogenannte „Sellerie", in der sich die Schießstände des 22. Infanterie-Regiments befinden. 700 Fuß über die Ostsee erheben sich steil die Dünen des ehemaligen tertiären Meeres, das den größten Theil Schlesiens in der Urzeit bedeckte. Unter den sechs Schießständen steigen Parkanlagen in Terrassen empor. Von dem 100 Fuß über dem Neissespiegel erhobenen Thalrande genießt man die herrlichste Aussicht. Vorn üppige Wiesen mit Büschen und Weihern, unterbrochen von mächtigen Eichen; dann ansteigende Gefilde mit freundlichen Dörfern; darüber die zackige Bergkette, von den Spitzen des Altvatergebirges und des gläzer Schneebergs überragt. Von der Bischofskoppe bis zum Eulengebirge liegen die Berge vor dem Auge des Schauenden. Mit Recht sagt Kutzen in seinem „deutschen Land", wenige Flecke im weiten Vaterlande böten einen so ergreifenden und lachenden Anblick als die Vorberge bei Neisse u. s. w. — Damit jeder Besucher die mannigfach geformten Bergspitzen kennen lernt, regte der leider zu früh entschlafene Generallieutenant v. Witzleben die Idee an, unter den Ahornbäumen vor dem Wohnhause in der Sellerie eine Platte aufzustellen, die durch Linien, an denen die Namen eingezeichnet wären, denjenigen, welcher diese Linien verfolge, die Bergkuppen in dem Gebirgszuge kennen lehre. Im vergangenen Sommer ist die Aufnahme und Bestimmung des Gebirgszuges durch den Lieutenant Szmula ausgeführt und in diesem Winter auf eine versilberte Messingplatte gravirt worden. Dieselbe ruht auf einer Säule von polirtem schlesischen Marmor und trägt außerdem noch auf ihrem Deckel eine Sonnenuhr. Das Andenken an Generallieutenant v. Witzleben, der allzufrüh dem Könige und der Armee entrissen worden, rufen die einfachen Worte der Inschrift wach. Auch ohnedies steht er in Neisse in treuer Erinnerung. — Möchten Reisende, die Neisse berühren, im Sommer nie versäumen, ein Stündchen für den Besuch der nur eine Viertelstunde von der Stadt entfernten Sellerie zu verwenden.

(Notizen aus der Provinz.) * Waldenburg. Hier hofft man, daß auch unsere Stadt einen Theil des Jäger-Bataillons aus Breslau zur Garnison erhalten werde. — Am 20. d. Mts. wurde der Maurer Mai aus Fröhlichsdorf bei dem Niederreißen eines Hauses in Waldenburg durch eine herabstürzende Bindewand augenblicklich getödtet. Er hinterläßt Familie. — Am selben Tage wurde der Arbeiter Schreiber aus Neu-Reichenau in einer Ziegelei zu Ober-Salzbrunn durch eine fallende Lehmwand verschüttet und getödtet. — Am 19. verunglückte ein Bergmann in einer Grube zu Gablau durch Verschüttung. — Kaum haben in diesem Jahre die Wasserleitungsarbeiten begonnen, so ist gestern Abend zwischen 9—10 Uhr wiederum eine für die allgemeine Sicherheit auf der Auenstraße aufgestellte Laterne entwendet und daher das diese Straße passirende Publikum der Gefahr ausgesetzt worden, in die für die Röhren aufgeworfenen Gruben zu stürzen. Der Magistrat hat Demjenigen, der den Thäter zur Anzeige bringt, so daß letzterer bestraft werden kann, eine Prämie von 1—5 Thlrn. zugesichert.

+ Greiffenberg. Nächsten Sonnabend den 28. d. Mts. findet hierselbst ein großes Vokal-Concert im Saale der „Burg" statt, in welchem die gefeierte Meistersängerin Frau Dr. Mampé-Babnigg singen wird.

△ Nimptsch. Von der kaiserlich russischen Regierung ist die Auslieferung eines im Dezember v. J. von Warschau aus nach Preußen übergetretenen Kaufmanns Nessel Meerowitsch aus Kowno beantragt, der sich bei den Unterschlagungen betheiligt hat, die bei der Verpflegung der russischen Armee in der Krim und in den Südprovinzen vorgekommen sind, und deren Aufdeckung einem seit dem Jahre 1858 bereits in Wirksamkeit befindlichen Kriegsgericht in Moskau übertragen ist. Die betreffenden Behörden sind angewiesen, auf den ꝛc. Meerowitsch eifrigst zu vigiliren. — Unser Wochenblatt, der „Landsmann", enthält einen Bericht über das am Sonntag hier stattgehabte Konzert der allgemein beliebten und gefeierten „Schlesischen Nachtigall". Frau Dr. Mampé-Babnigg soll alle Zuhörer durch ihre Gesangsvorträge wahrhaft begeistert haben.

Pleß. Es ist neuerdings wieder wahrgenommen worden, daß die an den Landesgrenzen aufgestellten Grenzzeichen durch Umreißen der Säulen, Losschlagen der an den Säulen befestigten Adler ꝛc. beschädigt werden. Das landräthliche Amt warnt vor solchem Frevel und bringt die festgesetzten Strafen in Erinnerung. Auch werden die betreffenden Beamten ermahnt, ein wachsames Auge auf solchen Unfug zu richten.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

X. **Posen,** 21. April. [Zur Tages-Chronik.] Am 18. d. Mts. starb nach kurzen Leiden der Präsident des königl. evangelischen Konsistorii der hiesigen Provinz, Kreis-Gerichts-Direktor Friedrich Alexander Reimann, im 54sten Lebensjahre. Der Verstorbene war ein nicht nur von seinen Amtsgenossen und nächsten Umgebungen geliebter und hochgeehrter Mann, sondern auch im weitern Publikum hatte er sich den Ruf eines biedern, menschenfreundlichen Staatsdieners erworben. Gestern Nachmittag halb 5 Uhr wurde die Leiche zur letzten Ruhestatt gebracht. — Wie man jetzt von gut unterrichteter Seite hört, soll die zweite Bürgermeisterstelle nicht wieder besetzt, da eine Nothwendigkeitsfrage nicht vorhanden ist, sondern soll nur das Syndikat dem Stadtrath Dr. jur. Samter übertragen werden. Die kürzlich erfolgte Rückreise des Oberbürgermeisters Naumann nach Berlin zu den Kammerverhandlungen, die Anfangs noch zweifelhaft war, dürfte mit Erledigung dieser Frage in Verbindung stehen. — Zwei gefährliche Verbrecher, Stanislaus Wyganowski und Joseph Kosicki, sind vor Kurzem aus dem städtischen Gefängniß zu Bojanowo, wo sie auf dem Transport nach Rawitsch übernachteten, ausgebrochen und entsprungen. Der Erstere sollte wegen versuchten Mordes und mehrerer schwerer Diebstähle eine 15jährige, der Andere wegen letzterer Verbrechen eine 8jährige Zuchthausstrafe in Rawitsch verbüßen, welche Strafen ihnen in der hiesigen Schwurgerichtssitzung am 24. März d. J. zuerkannt waren. Beide waren die hervorragendsten Mitglieder der Räuberbande, welche, mit Schießwaffen reichlich versehen, im Winter 1858—1859 den kostener und schrimmer Kreis unsicher machte. Wyganowski, ein erst 20 Jahr alter Müllerbursche, soll besondere Energie und sehr bedeutende Körperkraft besitzen. In Folge einer Requisition der königl. Staatsanwaltschaft zu Poln.-Lissa werden von der hiesigen königl. Regierung alle Behörden veranlaßt, die umfassendste Aufmerksamkeit auf

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu Nr. 197 der Breslauer Zeitung. — Freitag, den 27. April 1860.

(Fortsetzung.)

diese beiden entsprungenen Verbrecher zu richten und ist auf das Ergreifen eines jeden dieser gemeingefährlichen Individuen eine Prämie von 25 Thlr. ausgesetzt. — Unser allgemein beliebter General-Arzt Dr. Ordelin ist wieder von einem Schlaganfalle betroffen worden. Erst vor Kurzem machte er selbst die Wiederherstellung von einer überstandenen schweren Krankheit dem Publikum öffentlich bekannt, und schon jetzt ist er wieder auf das Krankenbett gelegt. — Die Getreide-Zufuhren nach hier sind gegenwärtig sehr schwach und bewirken ein tägliches Steigen aller Getreidesorten. Besonders knapp macht sich der Weizen, der mit 75 Thlr. in erster Qualität bezahlt wird. — Diese Woche sind gegen 20 Kähne, aus Polen kommend und mit Getreide beladen, hier durchpassirt, um ihre Ladung der Residenz Berlin zuzuführen. — Die Warthe zeigt am Pegel gegenwärtig nur noch 7 Fuß 3 Zoll. — Eine regsame Thätigkeit macht sich wieder an unseren Festungswerken bemerkbar. Es giebt des sumpfigen Bodens wegen, auf welchem unsere Festung erbaut ist, eine von Zeit zu Zeit sich bemerkbar machende Versenkung, Vertiefung ꝛc. des einen oder des andern Theiles Veranlassung, im Frühjahr alle Kräfte anzustrengen, um dem Uebel immer die Controverse zu halten, und so finden jetzt wieder eine Menge nach Arbeit sich sehnender Leute bei den Festungsbauten resp. Konservirung der Wälle und sonstigen Werke lohnende Beschäftigung.

H. **Kempen**, 22. April. Ein hier sich aufhaltender jüdischer Tonkünstler, der Cantor in Plotzk Aron Wolff Finkelstein, macht durch seine Gesangsleistungen großes Aufsehen. Daß nun endlich der Gottesdienst in unserm jüdischen Tempel ein geregelter werden wird, hat die Gemeinde den Bestrebungen des Corporationsvorstehers, Bankier Herrn Wolff Lippmann Schlesinger zu verdanken. Er ist's, der sich Mühe gegeben hat, Herrn Kantor Finkelstein hierher zu berufen und beflissen ist, in allen Gemeindebeziehungen die wohlthätigsten Institutionen herbeizuführen. Die Bemühungen desselben, werden durch eine intelligente Repräsentantenversammlung ihm mannigfach erleichtert.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Subhastationen.

Alt-Bilawe. Gärtnernahrung Nr. 57, abg. 855 Thlr., am 24. Mai 10 Uhr. Kreisger.-Komm. Karrolath.

Freistadt. Wohnhaus, Glogauergasse, Hyp.-Nr. 151, abg. 704 Thlr., am 21. Juni 11 Uhr. Kreisger. Freistadt.
— Haus, Saganergasse Nr. 192, abg. 1176 Thlr., am 6. Septbr. 11 Uhr. Kreisgericht.

Klopschen. Erbliches Häusel, nebst 2 halben Krotschken Acker, abg. 300 Thlr., am 25. Juli $11\frac{1}{4}$ Uhr. Kreisger. I. Abth. Glogau.

Quilitz. Erblicher Garten, Nr. 55, abg. 310 Thlr., am 3. Sept. 11 Uhr. Kreisger. I. Glogau.

Görlitz. Grundstück 1173, abg. 4965 Thlr., am 6. Sept. 10 Uhr. Kreisgericht I. Görlitz.
— Grundstück, Sonnenstr. Nr. 1180, abg. 4994 Thlr., am 21. Mai 10 Uhr. Kreisger. I. Görlitz.

D.-Wartenberg. Grundstücke Nr. 1, abg. 695 Thlr. und Nr. 26, abg. 1451 Thlr., am 2. Juli 11 Uhr, im Gerichtszimmer zu D.-Wartenberg.

Schertendorf. Besitzung 176, abg. 550 Thlr., am 20. Juni $11\frac{1}{2}$ Uhr. Kreisger. Grünberg.

Deutsch-Wartenberg. Grundstück nebst Wohnhaus Nr. 110, abg. 671 Thlr., Ackerparzelle Nr. 147, abg. 170 Thlr., am 3. Sept. 11 Uhr. Gerichtszimmer zu Deutsch-Wartenberg.

Schles. Klix. Restgärtnerstelle Nr. 20, abg. 805 Thlr., am 31. Mai 11 Uhr. Kreisger-Komm. Halbau.

Schildau. Freihaus Nr. 32 (mit Gerechtigkeit zum Backen, Branntweinbrennerei und Bier- und Branntwein-Ausschank), abg. 1080 Thlr., am 14. Juni 11 Ub. Ger.-Parteienzimmer Nr. 1.

Neu-Kemnitz. Häuslerstelle Nr. 21, abg. 112 Thlr., am 26. Juli 11 Uhr. Kreisger. Hirschberg.

Mittel-Thiemendorf. Gärtnerstelle Nr. 11, abg. 1495 Thlr., am 22sten Juni 11 Uhr. Kreisger. Lauban. Büreau III.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

† **Breslau**, 26. April. [Börse.] Die Börse war für Eisenbahnaktien sehr animirt, österr. Papiere hingegen wenig verändert. National-Anleihe 59 bezahlt, Credit $69\frac{1}{2}$, wiener Währung $74\frac{3}{4}$—$74\frac{11}{12}$, bezahlt. Oberschlesische Aktien 119, Tarnowitzer 32, Neisser $55\frac{5}{6}$. Schlesische Bankantheile gesucht und bis $73\frac{1}{4}$ bezahlt, wozu nicht mehr anzukommen war. Poln. Valuten matter.

Breslau, 26. April. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe, angenehmer; ordinäre $7\frac{1}{2}$—$8\frac{1}{2}$ Thlr., mittle 9—10 Thlr., feine $10\frac{1}{2}$—$11\frac{1}{6}$ Thlr., hochfeine $11\frac{1}{2}$—$11\frac{5}{6}$ Thlr. — Kleesaat, weiße, ohne Umsatz; ordinäre 13—16 Thlr., mittle $17\frac{1}{2}$—$18\frac{1}{2}$ Thlr., feine $19\frac{1}{2}$—$20\frac{1}{2}$ Thlr., hochfeine 21—$21\frac{1}{2}$ Thlr.

Roggen höher; gekündigt 50 Wispel; pr. April $43\frac{1}{4}$ Thlr. bezahlt und Gld., April-Mai $43\frac{1}{4}$ Thlr. bezahlt und Gld., Mai-Juni $43\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ Thlr. bezahlt, Juni-Juli $43\frac{3}{4}$ Thlr. bezahlt, Juli-August $43\frac{3}{4}$ Thlr. bezahlt.

Rüböl angenehmer; loco $10\frac{1}{2}$ Thlr., pr. April $10\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, April-Mai $10\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, September-Oktober $11\frac{1}{6}$ Thlr. bezahlt und Gld.

Kartoffel-Spiritus fester; loco $16\frac{5}{12}$ Thlr. Gld., pr. April $16\frac{3}{4}$ Thlr. bezahlt, April-Mai $16\frac{3}{4}$ Thlr. bezahlt, Mai-Juni $16\frac{3}{4}$ Thlr. bezahlt, Juni-Juli 17 Thlr. Gld., Juli-August $17\frac{1}{2}$ Thlr. Br.

Zink loco $6\frac{1}{12}$ Thlr. zu bedingen. **Die Börsen-Commission.**

≅ **Breslau**, 26. April. [Privat-Produkten-Markt-Bericht.] Bei schwachen Zufuhren, sehr mäßigem Angebot von Bodenlägen und beschränktem Geschäft haben die Preise sämmtlicher Getreidearten am heutigen Markte keine Aenderung erlitten.

Weißer Weizen	75—80—82—86	Sgr.	nach Qualität und Trockenheit.
Gelber Weizen	70—75—80—83	„	
Bruch- u. Brennerweizen	55—60—63—66	„	
Roggen	55—58—60—62	„	
Gerste	43—45—48—52	„	
Hafer	27—29—31—33	„	
Koch-Erbsen	54—56—58—62	„	
Futter-Erbsen	45—48—50—52	„	
Wicken	40—45—48—50	„	

Oelsaaten in festerer Haltung, wenig angeboten und Preise behauptet. — Winterraps 90—94—96—98 Sgr., Winterrübsen 76—78—80—84 Sgr., Sommerrübsen 72—76—78—80 Sgr., Schlag-Leinsaat 75—80—84—88 Sgr. nach Qualität und Trockenheit.

Rüböl angenehmer; loco $10\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, pr. April und April-Mai $10\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, September-Oktober $11\frac{1}{6}$ Thlr. bezahlt.

Spiritus unverändert, loco $10\frac{1}{6}$ Thlr. en détail bezahlt.

Für Kleesaaten in rother Farbe war der Begehr heute ziemlich gut und bei fester Stimmung wurden die gestrigen Preise willig erreicht; weiße Saat wie Thymothee unbeachtet und die Notirungen nominell.

Rothe Kleesaat $7\frac{2}{3}$—9—10—11—$11\frac{3}{4}$ Thlr.	nach Qualität.
Weiße Kleesaat 14—17—20—21—22 Thlr.	
Thymothee 8—$8\frac{1}{2}$—9—$9\frac{1}{6}$—$9\frac{1}{2}$ Thlr.	

Wasserstand.

Breslau, 26. April. Oberpegel: 16 F. 6 Z. Unterpegel: 5 F. 6 Z.

Sprechsaal.

Mehr Bäume!!

Neptun — auf unserem Neumarkte nämlich — verdankt es der Breslauer Zeitung, daß er endlich zwischen — und wenn sie gut fortwachsen — hoffentlich bald unter Bäumen steht. Möchte es gelingen, ganz Breslau mehr mit Bäumen zu befreunden. Dazu gehört vor Allem die Auspflanzung der schönen und vielfach nützlichen Birkenanlage um den Stadtgraben. Dann die Bepflanzung des Lehmdammes von den Waschteichen bis mindestens zu dem Punkte, wo der neue Riesendamm von Scheitnig her an denselben grenzt. Dann den Schäferdamm und den Betteldamm nebst dessen Fortsetzung bis zur alten Oder. Da alle diese Dämme theils schon nutzlose Binnendämme sind, oder doch bald werden, so ist der (irrige) Grundsatz über rasirte Schutzdämme bei ihnen nicht mehr anzuwenden und daher der Wunsch: dieselben für diejenigen Stadttheile, welche der Promenaden unter Bäumen fast gänzlich entbehren, in Promenaden umzuwandeln, gerechtfertigt. Außerdem giebt es in der Stadt so viele Straßen und Plätzchen, welche durch Baumpflanzungen verschönt, zur Schönheit und Annehmlichkeit der ganzen Stadt beitragen könnten, daß es zu beklagen bleibt, Breslau schon lange in dieser Hinsicht hinter andern Städten, auf welche Viele mit einer gewissen Geringschätzung herabsehen, zurückstehen zu sehen. Unter vielen anderen nenne ich Posen, wo die Polizei sich ein unsterbliches Verdienst erworben, daß sie darauf gehalten, nicht nur rings um die Stadt die ausgedehntesten Glacispromenaden, sondern auch innerhalb der Wälle Fahr-, Reit- und Fußpromenaden, deren Baumpflanzungen eben so zweckmäßig sind, als gut gepflegt werden, anzulegen. Daneben sind alle breiten Straßen in der Stadt mit Alleen von Kugelacazien, alle Plätze mit hohen Schattenbäumen bestellt, so daß die Stadt von innen, wie von außen im Sommer im erfreulichsten Grün erscheint. Dabei wird der Breslauer dort mit besonderem Vergnügen bemerken, daß auch der niedrigste und ärmste posener Hausbesitzer die Bäume vor seiner Hütte mit einer Aufmerksamkeit gießt, bepfählt und pflegt, wie in Breslau, wo die Roheit sogar die von der Kommune besorgten Birkenpflanzungen am Stadtgraben auf die brutalste Weise zerstört, gar nicht zu sehen ist. Möchte daher von Breslau bald der Brückenkommission eine Promenaden-Kommission nachgeschickt werden, welch letztere sich umsähe nach Städten, wo man weiß, daß der Baumschmuck für diejenigen, welche den Schatten desselben genießen, eben so gesundheitbringend, als angenehm ist. Inzwischen aber könnte — da die Baumpflanzungen nur in der gegenwärtigen Jahreszeit mit Aussicht auf Erfolg auszuführen sind — an den oben angegebenen Orten hieselbst ein zweckmäßiger Anfang mit Pflanzungen gemacht werden. Privatbesitzer, welche wegen Pflanzungen nicht erst reisen wollen, finden am Stadtgerichtsgebäude und am Henrischen Hause am Militärkirchhofe gute Vorbilder. Es kommt nämlich darauf an, wenn ein Bau durch Umpflanzungen irgend ein ansprechendes Bild zeigen soll, welche Bäume, Sträucher und Gräser gewählt und wie diese Gewächse gestellt werden. Das Stadtgerichtsgebäude erscheint nun, von der Promenade aus betrachtet, wie ein alter florentinischer Bau, dessen Fuß mit verschiedenem grünen Geranke verdeckt ist, welche angenehme Täuschung durch das gegen einander abstechende Grün der Bäumchen, Sträucher und Gräser, so wie durch die verschiedenen Höhen dieser Gewächse hervorgebracht wird. Vor dem Henrischen Hause, welches im gothischen Stile gebaut und, obschon erst zu Zweidritteln fertig, eins der merkwürdigsten neuen Häuser Breslaus ist, terrassirt sich die Pflanzung: auf dunklem Rasengrunde zunächst des Wassers eine Reihe hellgrüner Trauerweiden, auf der zweiten Terrasse eine Hecke von dunkelgrüner Rainweide und endlich auf der Ebene des Hauses ein scheinbar verworrener Wall verschiedener grüner Rankengewächse, aus welchem Walle sich der dunkelfarbige merkwürdige Bau in die Luft erhebt. Gewiß wird Jeder, welcher diese beiden genannten Baue von der Promenade aus betrachtet, Poesie und zugleich Harmonie zwischen Baustil und Umpflanzung dieser Grundstücke gewahren und bleibt nur zu wünschen, daß alle Besitzer schöner Grundstücke mit ähnlichen geschmackvollen Anlagen unsere Stadt zieren helfen.

Fr. M.

Als Verlobte empfehlen sich: [4028]
Rudolph Hehlen, Gasthofbesitzer.
Maria Schiller, Pflegetochter des städtischen Beamten **J. Erle.**
Ratzebuhr und Breslau.

Die Verlobung unserer Tochter **Rosa** mit dem Kaufmann Herrn **Samuel Kroch** von hier, zeigen wir Verwandten und Bekannten ergebenst an. [3226]
Rawicz, den 25. April 1860.
Kallmann Ollendorff und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Rosa Ollendorff.
Samuel Kroch.

Als Verlobte empfehlen sich: [4040]
Jenny Fischer, Bogutschütz. **Louis Kochmann**, Myslowitz.

Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, die ergebene Anzeige, daß meine Frau **Helene**, geb. **v. Clausewitz**, heute von einem gesunden Sohne glücklich entbunden wurde. [4029]
Berlin, den 25. April 1860.
v. Hülsen, Hauptm. und Compagnie-Chef im 2. Garde-Regt. zu Fuß.

Heute Früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau **Johanna** geborne **Katz** von einem muntern Knaben schwer, aber glücklich entbunden, was ich Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzeige. Loslau, den 25. April 1860.
[4053] **Adolph Loewe.**

Heut Nachmittag 4 Uhr verschied nach langen, schweren Leiden unser innig geliebter Gatte und Vater, der königliche Hauptmann a. D., fürstlich Hatzfeldt'sche Kammer-Rath **Koch** im 66sten Lebensjahre.
Diese Anzeige widmen entfernten Verwandten und Freunden:
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Trachenberg, den 25. April 1860. [4055]

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, das heut erfolgte Ableben unseres Collegen, des fürstlichen Kammerraths, königl. Hauptmanns a. D. Herrn **Adolph Koch**, hierdurch anzuzeigen. In dem Verstorbenen verliert Seine Durchlaucht der Herr Fürst v. Hatzfeldt einen treuen, gewissenhaften Beamten, wir einen hochgeschätzten Freund und Mitarbeiter, dessen ehrenvolles Andenken stets fortleben wird.
Trachenberg, den 25. April 1860.
Das fürstliche Cameral-Amt.

[4049] **Todes-Anzeige.**
Nach Gottes unabänderlichem Rathschluß verschied gestern Abend 8 Uhr, in Folge chronischen Lungenleidens und hinzugetretener Lungenlähmung, nach kurzem Krankenlager meine geliebte Gattin, unsere Mutter und Tante **Theresia Lücke**, geb. **Klein.**
Dies zeigt tiefbetrübt an:
[4049] **H. Lücke**,
und sämmtliche Hinterbliebenen.
Breslau, den 26. April 1860.

Statt besonderer Meldung.
Das heute Nachmittag $1\frac{1}{2}$ Uhr nach mehrtägigem Leidenskampfe in Folge einer Herzlähmung erfolgte Hinscheiden unsers theuren Vaters, Großvaters, Schwiegervaters und Bruders, des Stadtrath **August Froböß** zeigen wir hierdurch ergebenst an.
Breslau, den 24. April 1860. [4038]
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonnabend Vormittag 11 Uhr auf dem großen Kirchhofe statt.

Am 25. d. M. ist die städtische Verwaltung durch den Tod des Herrn Stadtrath **Froböß** von einem schweren und harten Verlust betroffen worden. Der Verstorbene hat 23 Jahre hindurch den größten Theil seiner Zeit und Arbeitskraft mit der seltensten Hingebung und Aufopferung den städtischen Interessen, insbesondere dem städtischen Schulwesen gewidmet. Sein Fleiß, seine Ausdauer, seine Gründlichkeit und Umsicht haben seine Thätigkeit im Dienste der Stadt zu einer höchst ersprießlichen und segensreichen gemacht. Er fand die Belohnung für so große Mühen und Anstrengungen allein und lediglich in dem schönen Bewußtsein, Gutes zu thun und unserer Stadt zu nützen. Seine großen Verdienste um dieselbe werden in der dankbaren Erinnerung seiner Mitbürger bleiben, die mit uns gewiß die tiefe Betrübniß und den großen Schmerz über den Tod des ausgezeichneten Mannes theilen. Er wird uns stets ein theurer, unvergeßlicher Kollege bleiben, und es ist für uns ein Bedürfniß des Herzens, dies öffentlich auszusprechen. [3227]
Breslau, den 26. April 1860.
Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Todes-Anzeige.
Am 25. April ist der erste Curator der Realschule am Zwinger, Herr Stadtrath **Froböß**, durch unerwarteten Tod von seinem Wirken hienieden abberufen worden. Der Hingeschiedene hat durch sechzehn Jahre als Vorsitzender des Schul-Curatorii die Interessen der Anstalt mit Liebe, Umsicht und Kraft wahrgenommen und nicht wenig zu deren Erblühen beigetragen. Wir empfinden daher den Verlust auf das Schmerzlichste. Der Vollendete hatte ein Herz für den Lehrstand. Der Dank, den Breslau's Lehrer ihm schulden, so wie das Denkmal, das der Hingeschiedene sich in unsern Herzen errichtet, wird nimmer schwinden. [3223]
Breslau, den 26. April 1860.
Der Direktor und das Lehrer-Collegium der Realschule am Zwinger.

Familiennachrichten.

Verlobungen: Fräul. Giovanna Gräfin v. Ballestrem mit dem Hrn. Grafen Heinrich v. Stillfried-Rattonitz, Pr.-Lt. im 11. Ldw.-Regt., in Brieg, Fräul. Philomena Adamietz mit Hrn. J. E. Hoscha in Beuthen OS., Frl. Anna Hentzschel in Kötzschenbroda mit Hrn. Friedrich Krusche in Ober-Lößnitz, Kreis-Taxator Gottfried Jaroß in Kauern-Carlsmarkt, Frl. Leontine Miketta in Breslau.

Eheliche Verbindungen: Hr. Pr.-Lt. Carl v. Döring mit Frl. Hedwig v. Witte in Berlin, Hr. Major u. Eskadr.-Chef im 3ten Dragon.-Regt. Frhr. v. Schleinitz mit Fräul. Adelgunde v. Wacholtz in Treptow, Hr. Vollrath v. Krosigk mit Frl. Lucinde v. Meibom in Lüne, Hr. Fritz Baron v. Heintze-Weißenrode mit Fräul. v. Thielmann in Nizza, Hr. Louis Schrödel mit Fräul. Luise Schulze in Halle.

Geburten: Ein Sohn Hrn. Aug. Schoch in Waldenburg, eine Tochter Hrn. M. Friedländer in Ratibor.

Todesfälle: Hr. Sec.-Lt. im 22. Inf.-Regt. Bernhard v. Donat in Neisse, Hr.

Geburten: Ein Sohn Hrn. Pastor Tischer in Wusterbarth, Hrn. Domänenpächter W. Snethlage in Woltersdorf, Hrn. O. Wagner auf der Domäne Amesdorf, eine Tochter Hrn. Jul. Selle in Magdeburg, Hrn. Fried. Krause in Halberstadt, Hrn. v. Rosenstiel in Marienwalde, Hrn. Pastor Sasse in Hille.

Todesfälle: Hr. Geh. Justiz- u. Kammergerichts-Rath a. D. Wolfart in Frankfurt a. O., Frl. Henriette Barthel in Erfurt, Hr. Adolf Frhr. v. Lilien in Werl, Hr. Kammerherr v. Langen auf Jarchow, Hr. Reg.-Rath Max Constantin Kaupisch in Koblenz, Frau Mathilde v. Schönberg, geb. v. Stralendorff in Thimmenheyn.

Theater-Repertoire.
Freitag, den 27. April. (Erhöhte Preise.) Drittes Gastspiel der königlich sächsischen Hofopernsängerin Frau **Jauner-Krall.** Zum dritten Male: **„Dinorah, oder: Die Wallfahrt nach Ploërmel."** Oper in 3 Akten, nach dem Französischen des M. Carré und J. Barbier von Grünbaum. Musik von G. Meyerbeer. (Dinorah, Frau Jauner-Krall.)
Sonnabend, 28. April. (Kleine Preise.) Zum zweiten Male: **„Düweke."** Drama in 5 Aufzügen von Mosenthal.

Ich habe mich in **Sohrau** O/S. als **Arzt, Wundarzt** ꝛc. ꝛc. niedergelassen. [4047]
Sohrau O/S., den 27. April 1860.
Dr. **Karfunkel.**

[4048] **Verlorene Brieftasche.**
Eine lederne Brieftasche, enthaltend:

1	russische Banknote	à 25 Rubel,
1	polnische „	à 10 „
17	„ „	à 1 „
1	„ Obligat.-Coupon	à 3 „
1	„ Pfandbrief- „	à $1\frac{1}{2}$ „
$\frac{2}{4}$	Loose Nr. 46,233 a., b.,	
$\frac{1}{4}$	Loos Nr. 93,688 a., alle 4 Klassen,	

ist verloren gegangen. Dem ehrlichen Finder wird eine Belohnung von 10 Thlr. in der Expedition der Bresl. Zeitung nachgewiesen. Vor Ankauf wird gewarnt.

Verloren
wurde am 26. d. M. am Ringe, oder dessen Nähe eine Brillante-Broche. Es erhält Derjenige eine Belohnung, welcher selbige an den Portier, Ohlauerstraße Nr. 10.11, abgiebt. [4056]

Bekanntmachung.
Die Inhaber der großherzoglich posenschen Pfandbriefe werden hiermit in Kenntniß gesetzt, daß die Verlosung der pro Weihnachten 1860 zum Tilgungsfonds erforderlichen $3\frac{1}{2}$ % Pfandbriefe am 19. Mai d. J. Vorm. 9 Uhr in unserem Sitzungssaale stattfinden wird, und daß die Liste der gezogenen Pfandbriefe an dem gedachten Tage in unserem Geschäftslokale, und am folgenden Tage nach der Ziehung an den Börsen in Berlin und Breslau ausgehangen sein wird. [549]
Posen, den 20. April 1860. **General-Landschafts-Direktion.** v. Brodowski.

Der Schweidnitzer landwirthschaftliche Verein
hält **seine nächste Sitzung Montag den 30. April Vorm. 10 Uhr** im Stadtverordnetensaale zu Schweidnitz. Tagesordnung: Prämiirung von 6 ländlichen Dienstboten, Jahresbericht des Vorsitzenden, Neuwahl des Vorstandes, Kassenbericht und Erledigung der in der letzten Sitzung unerörtert gebliebenen Fragen. Nach der Sitzung gemeinschaftliches Mittagessen in der goldnen Krone. Der Vorsitzende **R. Seiffert.** [3216]

K. k. priv. Kaiserin Elisabet-Bahn.
Nachdem noch auf einige **Aktien** der k. k. priv. Kaiserin-Elisabet-Bahn vorlängst ausgeschriebene und fällig gewordene **Raten-Einzahlungen** im Rückstande sind, so werden hiermit alle jene Herren Aktionäre, welche seither die **Vollzahlung** auf ihre Aktien nicht geleistet haben, wiederholt, und zwar **zum letztenmale** aufgefordert, diese Zahlung nebst den vom Verfallstage der einzelnen Raten bis zum Tage der wirklichen Einzahlung zu berechnenden 5proz. Verzugszinsen, **bis längstens Ende Juni d. J.** zu entrichten, indem sie sonst gemäß § 17 der allerh. genehmigten Statuten, ihrer gesellschaftlichen Rechte verlustig, die betreffenden Aktien sofort für ungiltig erklärt, und die darauf bereits geleisteten Zahlungen in das Eigenthum der Gesellschaft einbezogen werden würden.

Da die Aktienzinsen vom 1. Januar d. J. an laufen, so haben die Herren Aktionäre bei solchen Einzahlungen für selbe auch die Zinsenvergütung von jenem Tage bis zur Leistung der Zahlung unter Einem auszugleichen.

Diese Aktien-Ratenzahlung kann in Wien bei der k. k. priv. österr. Creditanstalt für Handel und Gewerbe, im Auslande aber bei den in allen früheren diesfälligen, namentlich in den hierortigen Kundmachungen dd. 12. Juli und 1. Oktober v. J. genannten Bankhäusern geschehen.

Für **volleingezahlte** Aktien werden die Zinsen-Couponsbogen **gegen Beibringung der Original-Aktien**, an der gesellschaftlichen Central-Kasse im wiener Bahnhofe verabfolgt. [3225]
Wien, den 20. April 1860. **Vom Verwaltungsrathe.**

Einem hohen Adel und geehrten Publikum hiermit die ergebene Anzeige, daß ich das seit Neujahr 1860 von meinem Vater übernommene Geschäft **unter derselben Firma und Adresse:** [4005]

Friedr. Eckhardt sen., Albrechtsstraße 55,

nahe am Ringe, fortführe, und empfehle ich gleichzeitig mein reichhaltiges **Lager aller Arten fertiger Damenschuhe** zur geneigten Beachtung, auch bekenne ich mich zur Anfertigung jeder Bestellung auf Herrenstiefeln 2c., für deren prompte Ausführung ist stets Sorge tragen werde.

Ferdinand Eckhardt.

Wintergarten.

Sonnabend den 28. April: [4046]

Konzert von A. Bilse,

zum Besten des **Rettungshauses zur heiligen Hedwig** für arme verlassene und verwahrloste Kinder.

Anfang 4 Uhr. Ende 9 Uhr. Entree 5 Sgr.

Vorher sind Billets à Dutzend 1 Thaler in der Musikalien-Handlung des Hrn. **Leuckart** zu haben.

Passe-partout-Billets sind ungiltig.

Fürstensgarten.

Heute Freitag den 27. April: [4042]

Abonnementd-Konzert

der Springerschen Kapelle unter Direktion des kgl. Musikdirektors Herrn **Moritz Schön.**

Anfang 3½ Uhr. Entree à Person 1 Sgr.

Die resp. Inhaber von Billets zu den Abonnements-Konzerten im Weissgarten haben gegen Vorzeigung ihrer Billets freien Eintritt.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in den obern Sälen statt.

Fürstensgarten.

Sonntag den 29. April: **Früh-Konzert.** Anfang 6 Uhr. Entree à Person 1 Sgr.

Amtliche Anzeigen.

Aufforderung der Konkursgläubiger, wenn nachträglich eine zweite Anmeldungs-Frist festgesetzt wird. [548]

In dem Konkurse über das Vermögen des Grafen **Siegfried von Frankenberg** zu Kokoschütz ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist **bis zum 19. Mai d. J.** einschließlich festgesetzt worden. Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein, oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 13. April d. J. bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist **auf den 23. Mai 1860,** Vormittags um 11 Uhr vor dem Kommissar Kreisrichter Lubowski in unserm gewöhnlichen Terminszimmer unsers Geschäftslokals anberaumt, und werden zum Erscheinen in diesem Termine die sämmtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts-Anwälte Bublatzki und Langer hier und Muthwill in Loslau zu Sachwaltern vorgeschlagen. Der Kaufmann Rosenthal hier ist zum definitiven Verwalter der Masse ernannt worden.

Rybnik, den 23. April 1860.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheil.

Aufforderung der Konkursgläubiger, wenn nachträglich eine zweite Anmelduugs-Frist festgesetzt wird. [550]

In dem Konkurse über das Vermögen des Rittergutsbesitzers Grafen **Friedrich von Frankenberg** zu Pilchowitz ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist **bis zum 19. Mai 1860** einschließlich festgesetzt worden. Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 13. April 1860 bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist **auf den 23. Mai 1860,** Vormittags 10 Uhr vor dem Kommissarius Kreisrichter Lubowski in unserm Geschäfts-Lokale anberaumt, und es werden zum Erscheinen in diesem Termine die sämmtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung, einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei auswärtigen uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts-Anwälte Bublatzki und Langer hier und der Rechts-Anwalt Muthwill in Loslau zu Sachwaltern vorgeschlagen. Der Kaufmann Rosenthal hier ist zum definitiven Verwalter der Masse ernannt worden.

Rybnik, den 23. April 1860.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheil.

3000 Thlr.

schlesische Pfandbriefe Litt. A. in Appoints à 1000 und 500 Thlr. auf das Gut Pschow, Kreis Rybnik, tauschen wir gegen andere gleicher Höhe um und zahlen 2 pCt. zu.

[4043] **Gordan und Comp.**

Die Gesellschaft zu gegenseitiger Hagelschäden-Vergütung in Leipzig,

bestehend seit 1824 ohne Unterbrechung, hat während der 36jährigen Wirksamkeit an Schäden über 3 Mill. 320,000 Thaler vergütet, betritt das 37. Geschäftsjahr mit einer Mitgliederzahl von circa 8000, und hat sich das Vertrauen zu derselben der großen Concurrenz ungeachtet, noch erhöht, indem deren Prämien die billigsten sind, die Schäden durch Gesellschaftsmitglieder ermittelt, und stets **voll ohne jeden Abzug** bezahlt werden, die Anstalt die Taxationskosten übernimmt, ebenso werden **keine** Policengelder erhoben! [3219]

Einen großen Vortheil gewährt es auch, daß **mit** und **ohne Stroh** versichert werden kann, **das Stroh nach eigener Werthangabe.** Als versichert sind die Feldfrüchte zu betrachten, sobald der nach Vorschrift der Statuten angefertigte Antrag nebst Prämie im Büreau der unterzeichneten General-Agentur eingegangen oder mittelst Post 12 Stunden vor erfolgtem Hagelschlage an dieselbe abgegangen ist.

Zu möglichster Verminderung von Nachzahlungen haben die Gesellschaftsorgane, die für einzelne Gegenden bereits bestandene Prämien-Erhöhung nicht nur in weiterem Umfange ausgeführt, sondern auch für diejenigen Gebirgsgegenden in **Sachsen,** welche durch wiederholte Schäden, als gefährlicher sich herausgestellt, eine anderweite Erhöhung bis zu 4 pCt. für Halmfrüchte eintreten lassen. Hierdurch dürfte den gerechten Anforderungen der geehrten Mitglieder entsprochen werden, und sich immer mehr die Ueberzeugung aufdringen, daß bei so sorgsamer Verwaltung die Gegenseitigkeit nicht nur die größte Billigkeit, sondern auch Sicherheit gewährt, und bei günstigen Jahren die viel geringere Prämienzahlung noch den Vortheil in Aussicht stellt, daß eine mögliche Dividende diese noch vermindern kann.

Mit voller Ueberzeugung kann ich diese wohlthätige und achtbare Anstalt den Herren Landwirthen zu recht reger Theilnahme empfehlen.

Zur Versicherung erforderliche Papiere sind bei Unterzeichnetem so wie nachbenannten Herren Agenten stets zu haben.

Liegnitz, im April 1860. **G. Kerger,** General-Agent.

Regierungsbezirk Liegnitz.

Bolkenhain Herr J. L. Schmäck.
Glogau Herr *M. Kuthaner.
Hainau Herr Dorn.
Hirschberg Herr Ferd. Bänisch.
Jauer Herr Wilh. Klätte.
Liebau Herr *J. E. Schindler.
Lüben Herr L. M. Schütze.
Neusalz Herr C. W. Mündel.
Rohnstock Herr H. Hentschel.
Schmiedeberg Herr C. Mattis.
Sprottau Herr C. Lamprecht.

Regierungsbezirk Breslau.

Bernstadt Herren H. Jaffa u. Block.
Breslau Herr **Gustav Sperlich.**
Brieg Herr Guido Neumann.
Münsterberg Herr A. Münsterberger.
Namslau Herr R. Lange.
Neumarkt Herr E. Zerten.
Neurode Herr Ant. Hentschel.
Oels Herr Fried. Förster.
Ohlau Herr Reinh. Schmock.
Reichenbach i. Schl. Hr. Lantzke u. Paulisch.
Schweidnitz Herr Jos. Vogt.
Steinau a. O. Herr Ferd. Warmuth.
Strehlen Mad. Math. Schild.
Striegau Herr W. Höhlmann.
Waldenburg Herr R. W. Pflücker.
Wartenberg (Poln.) Herr Aug. Hoffmann.

Regierungsbezirk Oppeln.

Carlowitz Herr Machate.
Constadt Herr E. Bergemann.
Falkenau Herr C. Mende.
Gleiwitz Herr M. Färber.
Groschowitz Herr Nentwig.
Kreuzburg O.-S. Herr L. Hadra.
Leobschütz Herr Herrm. Hoffmann.
Neisse Herr Jos. Graveur.
Neustadt Herr Pietsch.
Ottmachau Herr A. Pflug.
Patschkau Herr A. F. Hanke.
Proskau Herr A. Bandmann.
Ratibor Herr Oscar Bruck.
Rosenberg Herr A. Potrz.
Rybnik Herr B. Rosenthal.
Tarnowitz Herr E. Roth.
Ziegenhals Herr A. Rinke.

Die mit einem * bezeichneten liegen der königl. Regierung zur Bestätigung vor.

Leinwand zu Fabrik-Preisen.

Eine der **bedeutendsten Fabriken Deutschlands** hat mir den **Verkauf** ihrer **anerkannt guten schweren Leinen** übertragen und ich offerire demnach

das größte Lager gebleichter Leinwand

in 6/4, 6½/4, 8/4, 10/4, 12/4, 13/4 breit,

zu Fabrik-Preisen nach Preisliste. [3054]

Eduard Kionka, Ring Nr. 42.

Den Herren Bau-Unternehmern

erlauben uns bei Beginn der diesjährigen Bausaison unsere von den **kgl. preuß., kgl. baierschen, k. k. österreich., k. k. russischen** und **herzoglich sächsischen Regierungen** geprüften und **als feuersicher anerkannten**

Stein-Dach-Pappen

bestens zu empfehlen.

Wir führen solche in **Tafeln** und **Rollen** in anerkannt bester Qualität zu den billigsten Preisen und übernehmen **Eindeckungen damit im Accord unter Garantie der Haltbarkeit.**

Außerdem empfeblen besten **engl. Steinkohlentheer, engl. Steinkohlenpech** sowie **Drahtnägel** mit großen Köpfen in bester Qualität zu den billigsten Preisen.

Stalling & Ziem,

[3171] **Breslau, Barge b. Sagan, Görlitz.**

[2474] **Pianoforte-Fabrik von Mager frères**

in **Breslau, Hummerei 17,** empfiehlt engl. und deutsche Instrumente zu soliden Preisen.

Steppdecken

von **Thibet, Purpur, Kattun 2c. 2c.,** dick wattirt und gut durchsteppt, empfiehlt in größter Auswahl zu den billigsten Preisen:

Louis Berner,

[4051] Ohlauerstraße 58, zur goldnen Kanne.

Echten Quedlinburger Zucker-Rüben-Samen,

in **bester, neuer, keimfähiger Waare,** offerirt billigst: [2631]

Ad. Hempel, Carlsstrasse Nr. 42.

Gemälde-Auction. [3991]

Montag den 30. April, Vorm. 10 Uhr, werden Ohlauerstrasse 79 aus dem Nachlasse des verstorb. Weinkaufmann Chr. Hansen circa 80 Oelgemälde, worunter einige von berühmten Meistern, versteigert. Von Donnerstag ab sind dieselben zur Ansicht ausgestellt. **Reymann,** Auct.-Commiss.

Ein am Marktplatz einer Kreisstadt Niederschlesiens belegener, nobel eingerichteter **Gasthof 1. Klasse,** ist wegen Familien-Verhältnissen mit einer Anzahlung von 4000 Thlr. für den Preis von 10,000 Thlr. sofort zu verkaufen. Nähere Auskunft wird Hr. Bürgermeister **Berger,** Schweidnitzerstr. Nr. 31 zu Breslau zu ertheilen die Güte haben. [4031]

Das unterzeichnete Wirthschaftsamt beabsichtigt 12 Stück schwere fette Mastochsen, 1 Kuh und 40 Stück Mastschöpse licitando zu verkaufen, und ist zu diesem Zwecke ein Termin **am 3. Mai d. J.** Mittags 12 Uhr festgesetzt, wozu die Herren Fleischermeister mit dem Bemerken eingeladen werden, daß sich dieses Mastvieh seiner Schwere und der größeren Steuer wegen auch für größere Städte eignet. Auf Verlangen wird nach Einigung auch noch Stand bewilligt. [3218]

Mittelsteine in der Grafschaft Glaz, den 25. April 1860.

Das freiherrlich von Lüttwitz'sche Wirthschaftsamt.

Eine in der Provinz Posen, in der Nähe der Kreisstadt Pleschen belegene, circa 120 Morgen umfassende, mit den erforderlichen, im guten, baulichen Zustande befindlichen Wohn- und Wirthschaftsgebäuden versehene **Wirthschaft,** ist für den Preis von 2000 Thlr. sofort aus freier Hand zu verkaufen. Das Nähere wird auf frankirte Anfragen unter der Chiffre B. G. poste restante Dobrzyca mitgetheilt. [3213]

Gras-Samen,

1859er Ernte, hochwachsende Obergräser, Mittel- und Untergräser, passend gemischt zur Aussaat unter Rothklee oder zur Anlage von Wiesen und Weiden, offerirt den Centner 11 Thlr.: [3217]

Das königl. niederl. Wirthschaftsamt zu Heinrichau, Kreis Münsterberg.

Wir zeigen hiermit ergebenst an, daß wir vom 1. Januar 1860 unser Lager von

Revalenta arabica an Herrn Gustav Scholtz, Schweidnitzerstraße 50,

abgegeben haben, und bitten höflich, sich mit Aufträgen in diesem Artikel an denselben gefälligst wenden zu wollen. [4022]

Breslau, den 31. Dezember 1859.

W. Heinrich u. Co.

Flügel, Pianinos, Tafel-Instrumente, Harmoniums, Spielwerke, Leierkasten und **Zieh-Harmonika's** zu haben in der

Perm. Ind.-Ausstellung,

[3224] **Ring 15.**

Ein neuer Fußboden-Anstrich.

Vernis de la Chine.

Von **Sachkennern, Gewerbevereinen** 2c. geprüft, und für das **Haltbarste** und **Eleganteste** zum Anstrich der Fußböden empfohlen, trocknet binnen zehn Minuten, ist geruchfrei, in 3 Farben, hat vorzüglichen Glanz und verträgt Nässe. Alleinige Niederlage für Breslau bei [3220]

S. G. Schwartz, Ohlauerstraße Nr. 21.

Bleichwaaren [2663]

werden angenommen und ins Gebirge befördert bei **Ferdinand Scholtz,** Büttnerstr. 6.

Ein Paar gebrauchte

Cylinder-Oel-Pressen,

auf höchsten Druck berechnet, in durabler Construction, stehen zum Verkauf Fischergasse Nr. 1 und 2. [2870]

Für **Juwelen, Perlen, Gold u. Silber werden die allerhöchsten Preise gezahlt, Riemerzeile 9.**

Frisches Rehwild,

Rehkeulen, Mittelstücke 1 Thlr. 15 Sgr. bis 2 Thlr., Rehrücken von 2—3 Thlr. die starken, empfiehlt: Wildhdl. **R. Koch,** Ring Nr. 7.

Frisches Rehwild,

Keulen 1 Thlr. und 1½ Thlr., Rücken das Stück 1 Thlr. 20 Sgr. bis 2 Thlr., empfiehlt: Wildhändler **Adler,** Elisabetstraße Nr. 7.

Gesundheits-Apfelwein, Maitrank-Essenz, Himbeersaft

offerirt von frischer Sendung: [3222]

S. G. Schwartz, Ohlauerstraße Nr. 21.

Die Milchpacht

bei dem Freigut **Kundschütz,** ¾ Meilen von Breslau, ist von Termin Johanni anderweitig zu begeben. [3983]

[4020] **Salzbrunn.**

Im Gasthof **„Preußische Krone",** vis-à-vis der Elisenhalle in Salzbrunn, sind **2 Verkaufs-Lokale** à 35 und à 40 Thlr. zu vermiethen.

Kattowitz, den 29. April 1860.

In **Welt's Hotel Konzert** vom Musikdirektor **B. Bilse** aus **Liegnitz** mit seiner aus 45 Personen bestehenden Kapelle. Billets à 10 Sgr. sind bis 2 Uhr Nachmitt. in Welt's Hotel zu haben. Anfang präcise 4 Uhr. [4026]

Raffinirten harten Zucker,

im Brodt à Pfd. 4½ Sgr.; großkörnigen Arrakan-Reis, 15 Pfd. für 1 Thlr., offerirt:

[4024] die Handlung Klosterstraße 16.

Eine in Breslau belegene **Brennerei,** mit oder ohne Ausschank, wird zu pachten gesucht; das Nähere Sand-Straße Nr. 15 im Kohlenkeller bei Herrn **Krusch.** [4036]

Die vom Dominium Burg Branitz, Kreis Leobschütz, zum Verkauf gestellten 300 Stück Schöps-Lämmer sind verkauft. [3192]

Das Wirthschafts-Amt.

Das Dominium Deutsch-Jägel bei Prieborn sucht junge edle **Kühe** zum Kauf. Offerten erbittet das Wirtschafts-Amt. [3215]

Auf dem Dominium Nieder-Heiersdorf bei Schlichtingsheim, unweit der Eisenbahn-Station Fraustadt stehen **100 Stück schwere Mastschöpse** zum Verkauf.

Grabdenkmäler, Grabplatten, Treppen, gußeiserne Gartenmöbel mit **Steinbelag,** sind in meinem Lager zu **billigern Preisen** zu haben, Taschenstraße Nr. 16—17. **A. Grimme,**

[4027] Bildhauer und Steinmetzmeister.

Kiefersaamen, [2470]

frisch und keimfähig, der Ctr. 56 Thaler, das Pfund 17½ Sgr., sowie alle anderen Nadel- und Laubholzsämereien, offerirt der Forstverwalter **Gärtner** in Schönthal bei Sagan.

Einige Tafelmacher [3189]

für grünes Tafelglas werden gesucht auf der Glashütte Angersdorf bei Halle a. d. S. Sollten dieselben zugleich Bouteillen machen können, so würde dieses um so erwünschter sein.

Ein junges Mädchen [4025]

von außerhalb wünscht sofort eine Stelle in einer kleinen Wirthschaft oder als Hausmädchen; zu erfragen Barbaragasse 3, eine Treppe.

Für unsere Mode-Waaren-Handlung wird ein Fräulein gesucht, welches im Schneidern und Zuschneiden geübt. [4032]

Gebrüder Cohnstädt, Ring 46.

Eine **Restaurations-Schleußerin,** die freundlich im Benehmen und gewandt im Bedienen ist und gute Atteste nachweisen kann, findet zum 1. Mai ein sehr gutes Unterkommen in **Heymann's Wein- und Bier-Stube,** Ring Nr. 4. [4037]

Beim Schmiedemeister **J. Schäfer** auf der Krakauer Vorstadt in Beuthen O/S. ist eine sehr gelegere **Stellmacherwerkstelle** nebst Wohnung zu vermiethen und von Johannis oder Michaelis d. J. zu beziehen. Die Pachtlustigen wollen sich gefälligst an mich wenden. Beuthen O/S., 25. April 1860.

[3214] **J. Schäfer,** Schmiedemeister.

Klosterstraße 1c ist die große halbe 2te Etage Johanni beziehbar zu vermiethen.

Ritterplatz Nr. 1 ist die Hälfte der 2. Etage, bestehend aus 6 Zimmern, Küche, Domestikenstube und Beigelaß, von Termin Johannis d. J. ab zu vermiethen. [2632]

Herrenstraße 15 ist eine freundliche Wohnung vornheraus nebst Zubehör zu vermiethen.

Mehrere möblirte Zimmer sind Tauenzien-Platz Nr. 4 im 1. Stock zu vermiethen.

Nikolai-Vorstadt, Neue Kirchstraße Nr. 6 ist die Hälfte der 2. Etage zu vermiethen und Johanni zu beziehen. [4023]

Magazinstraße, in dem Hause „Belle vue" ist der erste halbe Stock, bestehend aus 3 Stuben, Kabinet, Speise-Kabinet, Küche, Entrée nebst Zubehör und Garten-Promenade zu vermiethen und sofort oder Johanni zu beziehen. [4033]

In dem neuen Hause neben dem Tempelgarten ist eine Wohnung zu vermiethen.

33 König's Hôtel garni 33
33 Albrechtsstrasse. 33

Preise der Cerealien 2c. (Amtlich.)

Breslau, den 26. April 1860.

	feine,	mittle,	ord. Waare.	
Weizen, weißer	83—88	77	63—69	Sgr.
dito gelber	80—85	76	63—70	„
Roggen . .	60—62	58	55—57	„
Gerste . . .	48—52	46	43—45	„
Hafer . . .	32—34	30	27—28	„
Erbsen . . .	55—58	51	46—50	„

Kartoffel-Spiritus 16 5/12 G.

Breslauer Börse vom 26. April 1860. Amtliche Notirungen.

Gold und Papiergeld.

Dukaten		94¼ B.
Louisd'or		109¼ B.
Poln. Bank-Bill.		88⅙ B.
Oesterr. Währ.		74 7/12 G.

Inländische Fonds.

Freiw. St.-Anl.	4½	99⅝ B.
Preus. Anl. 1850	4½	99⅝ B.
dito 1852	4½	99⅝ B.
dito 1854 1856	4½	99⅝ B.
dito 1859	5	104¼ B.
Präm.-Anl. 1854	3½	113¾ B.
St.-Schuld-Sch.	3½	83¾ B.
Bresl. St.-Oblig.	4	—
dito dito	4½	—
Posen. Pfandb.	4	100¼ B.
dito Kreditsch.	4	88¼ B.
dito dito	3½	90 G.
Schles. Pfandbr à 1000 Thlr.	3½	86 11/12 G.
Schl. Pfdb. Lt. A.	4	96½ G.
Schl. Pfdb. Lt. B.	4	96¾ G.
dito dito	3½	88¾ G.
dito dito C.	4	—
Schl. Rst.-Pfdb.	4	96¾ B.
Schl. Rentenbr.	4	93⅓ B.
Posener dito ..	4	90¾ G.
Schl. Pr.-Oblig.	4½	99 G.

Ausländische Fonds.

Poln. Pfandbr.	4	86 11/12 G.
dito neue Em.	4	—
Poln. Schatz-O.	4	—
Krak.-Ob.-Obl.	4	72¾ B.
Oest. Nat.-Anl.	5	58¾ G

Eisenbahn-Aktien.

Freiburger	4	83¼ G.
dito Prior.-Obl.	4	83½ B.
dito dito	4½	89¾ G.
Köln-Mindener	3½	—
dito Prior.	4	80 B.
Fr.-W.-Nordb.	4	—
Mecklenburger	4	—
Neisse-Brieger	4	55 5/12 G.
Ndrschl.-Märk.	4	—
dito Prior. ...	4	—
dito Ser. IV.	5	—
Oberschl. Lit. A.	3½	118¾ G.
dito Lit. B.	3½	111⅝ B.
dito Lit. C.	3½	118¾ G.
dito Prior.-Ob.	4	85 5/12 B.
dito dito	4½	88 11/12 G.
dito dito	3½	72¾ B.
Rheinische	4	—
Kosel-Oderbrg.	4	32½ G.
dito Prior.-Ob.	4	—
dito dito	4½	—
dito Stamm ..	5	—
Oppl.-Tarnow.	4	32⅙ B.
Minerva	5	—
Schles. Bank ..	5	72 5/12 u. 73¼ bz. u. G.

Die Börsen-Commission.

Verantw. Redakteur: R. Bürkner. Druck v. Graß, Barth u. Co. (W. Friedrich) in Breslau.